43. Montag den 20. Februar 1860. 43.

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der Sonntage täglich erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 1½ Thlr., für ganz Preußen 1 Thlr. 24½ Sgr.
Bestellungen nehmen alle Postanstalten des In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Inserate (1¼ Sgr. für die fünfgespaltene Zeile oder deren Raum; Reklamen verhältnißmäßig höher) sind an die Expedition zu richten und werden für die an demselben Tage erscheinende Nummer nur bis 10 Uhr Vormittags angenommen.

Amtliches.

Berlin, 19. Febr. Se. K. H. der Prinz-Regent haben, im Namen Sr. Majestät des Königs, Allergnädigst geruht: Dem Geheimen Registrator Arnd beim General-Auditoriat den Charakter als Kanzleirath zu verleihen.

Dem Lector der englischen Sprache an der hiesigen königlichen Universität, Thomas Solly, ist das Prädikat „Professor" verliehen worden.

Der königliche Kreis-Baumeister Bormann zu Simmern ist in gleicher Eigenschaft nach Wetzlar versetzt worden.

Angekommen: Se. Durchlaucht der Erbprinz Friedrich zu Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg, von Gotha; der designirte kaiserlich französische außerordentliche Gesandte und bevollmächtigte Minister am hiesigen Hofe, Fürst de la Tour d'Auvergne, von Paris; Se. Exzellenz der herzoglich anhalt-dessauische Wirkliche Geheime Rath und Staatsminister von Plötz, von Dessau.

Abgereist: Se. Exzellenz der Wirkliche Geheime Rath und Ober-Jägermeister Graf von der Asseburg-Falckenstein, nach Meisdorf.

Telegramme der Posener Zeitung.

Paris, Montag, 20. Febr. Der heutige „Moniteur" veröffentlicht ein Rundschreiben des Kultusministers an den gesammten französischen Klerus, in welchem das Bedauern ausgesprochen wird, daß einige Geistliche die Kanzelfreiheit zu strafbaren Provokationen gemißbraucht. Der Minister erklärt: Der Klerus sei dem Papste Verehrung, dem Kaiser aber Respekt und Treue schuldig, und man werde Unordnungen zuvorzukommen wissen, welche die Religion kompromittiren und für die Ruhe des Staats schädlich und gefährlich sind. Das Schreiben schließt: Der Kaiser fühle sich glücklich, den französischen Klerus zu schützen; aber zum Wohle Aller wolle er die energische Aufrechthaltung und Ausführung der Gesetze.

(Eingeg. 20. Febr. 11 Uhr 20 Min. Vormittags.)

Deutschland.

Preußen. ☾ Berlin, 19. Febr. [Vom Hofe; Konzert im Palais des Prinz-Regenten; Verschiedenes.] Heute Vormittag hörte die Königin mit den in Potsdam anwesenden fürstlichen Personen, den Hofstaaten und vielen höheren Militärs die Predigt in der Friedenskirche und empfing Mittags den Besuch des Prinz-Regenten, der Frau Prinzessin von Preußen und des Prinzen Friedrich Wilhelm; zuvor hatten die hohen Herrschaften dem Gottesdienste theils im Dome, theils in der Matthäikirche beigewohnt. Nachmittags 4 Uhr war Familientafel beim Prinzen Karl, an der die sämmtlichen Mitglieder der königlichen Familie, der Prinz August von Württemberg, die hessischen Prinzen, der Fürst von Hohenzollern und sein Sohn, der Prinz Karl, und andere fürstliche Personen Theil nahmen. — Die gestrige Gesellschaft im Palais des Prinz-Regenten war überaus glänzend und zahlreich; erschienen waren in derselben die sämmtlichen Mitglieder der königlichen Familie und alle die hier weilenden fürstlichen Familien; ebenso waren der Einladung gefolgt die Generalität, die obersten Hofchargen, das diplomatische Korps, die Spitzen der Zivil- und Militärbehörden und viele andere distinguirte Personen; im Ganzen mochten etwa 1300 Gäste im Palais versammelt gewesen sein. Die Mitglieder des Abgeordnetenhauses waren fast sämmtlich anwesend, von den Mitgliedern des Herrenhauses befanden sich nur einzelne, unter ihnen der Prinz zu Hohenlohe-Ingelfingen, Graf v. Rittberg, v. Zander u. s. w. in der Gesellschaft. Ob die übrigen Mitglieder keine Einladung erhalten haben, weiß ich nicht. Das Konzert fand unter Leitung des General-Musikdirektors Meyerbeer statt und wurde von der k. Kapelle ausgeführt. Eröffnet wurde das Konzert mit der Ouverture zu „Egmont" von Beethoven; dann folgte die Hymne aus der Oper „die Vestalin", gesungen von den Damen Köster, de Ahna und dem Chor; hieran schloß sich der Hochzeitsmarsch aus dem „Sommernachtstraum" von Mendelssohn, und zum Schluß des ersten Theils sang Frau Köster mit dem Chor die Arie (Inflammatus) aus dem „Stabat mater" von Rossini. Diesen ersten Theil hatte Herr Meyerbeer mit einem dem Kapellmeister Dorn gehörigen Taktstock dirigirt; vor dem Beginn des zweiten Theils ließ ihm Frau Prinzessin von Preußen einen werthvollen Taktstock überreichen; derselbe ist von Ebenholz und hat an dem untern Ende einen grünen und am obern einen rothen in Gold gefaßten Stein. Derselbe ging unter den Musikern von Hand zu Hand und wurde dessen Schönheit allgemein bewundert. In seiner Freude schwang der Hofkapellmeister diesen neuen Taktstock beim zweiten Theil mit ungewöhnlicher Lebhaftigkeit. Der zweite Theil des Konzerts bestand aus folgenden Pièçen: 1) Ouverture zu „Struensee" von Meyerbeer; 2) Große Scene aus der Oper: „Orpheus" von Glück, gesungen von Frl. Jenny Meyer und dem Chor; 3) Scene aus der Oper „Il Trovatore" von Verdi, gesungen von Frau Köster, Hrn. Formes und dem Chor; 4) Finale aus der Oper „Graf Ory" von Rossini. Das Konzert hatte etwa um 11½ Uhr sein Ende erreicht, doch zogen sich die hohen Herrschaften erst eine Stunde später zurück. — Am Dienstag ist eine musikalische Soirée im Palais des Prinzen Friedrich Wilhelm; wie ich höre, wird auch hier Meyerbeer fungiren. Gleichzeitig soll auch eine Abendgesellschaft beim Grafen v. Schwerin sein. — Ueber den Krankheitszustand des jungen Erbgroßherzogs von Baden gehen dem Prinz-Regenten täglich Nachrichten auf telegraphischem Wege zu. Das Befinden des Patienten ist jetzt ganz erwünscht und nimmt die Krankheit ganz den normalen Verlauf. — Die zu Tage tretende Opposition des Herrenhauses wird gegenwärtig hier in allen Gesellschaftskreisen verhandelt und man ergeht sich in allerhand Vermuthungen. Vielseitig hört man die Behauptung, daß diese hartnäckige Opposition Veranlassung geben werde, dem Hause noch neue Mitglieder zuzuführen. (?) — Der neue franz. Gesandte an unserm Hofe, Prinz de Latour d'Auvergne machte heute mehreren Mitgliedern des diplomatischen Korps und auch dem Minister des Auswärtigen seinen Besuch.

— [Ein eigenthümlicher Zeitungsstreit.] Dr. Hermann Orges erläßt in der „A. A. Z." unter dem 13. Febr. folgende Erklärung: „Seit die „Allgemeine Zeitung" in dem Kampfe, der die Freiheit und das Recht, die Ehre und Würde Deutschlands bedroht, mit Entschiedenheit die Stellung gewahrt, die allein ihrer Geschichte, und der ganzen Basis, auf der sie steht, entspricht; seit sie offen bekannt, daß sie weder ein preußisches, noch ein östreichisches, sondern lediglich ein deutsches Blatt ist und sein will, und die Farben, die sie trägt, die Gläser, durch die sie sieht, schwarz, roth und gold sind, sind ihre Mitarbeiter ebensosehr den Angriffen der revolutionären, wie der kleindeutschen Partei ausgesetzt. Je unwahrscheinlicher für letztere der Erfolg wird, desto heftiger und persönlicher werden ihre Angriffe. Den Mitarbeitern der „Allgemeinen Zeitung" gilt die Sache, nicht die Person; nur dringende Gründe können sie daher veranlassen, auf jene Angriffe zu antworten. Ein solcher liegt in einem Ausfall vor, den die „Preußische Zeitung" vom 3. Febr. enthält, weil das genannte Organ, gleichviel mit welchem Recht, für ein offiziöses gilt. Der gegen die „Allg. Ztg." gerichtete Leitartikel vom 3. Febr. ist aber jedenfalls, wie wir aus guter Quelle erfahren, nicht offiziös, sondern allein und lediglich ein persönlicher Erguß seines anonymen Verfassers. Die in dem Artikel speziell über den Unterzeichneten gemachten Angaben sind durchaus unwahr und erfunden. Ich bin nicht in einem preußischen Kadetteninstitute erzogen, noch stand ich je auf den Berliner Barrikaden. Nicht bloß weiß ich mich frei von jedem persönlichen Haß gegen Preußen, sondern ich habe auch in Berlin selbst vor wenigen Wochen die Ueberzeugung gewonnen, daß, wenn man auch dort den Standpunkt der „Allgemeinen Zeitung" verurtheilt, man den Patriotismus ihrer Redakteure selbst da nicht bezweifelt, wo sie es kaum zu hoffen gewagt. Da über die Tendenz und absichtliche Fälschung der mich persönlich betreffenden Angaben kein Zweifel sein kann, denn ich bin dem speziellen Streite zwischen der „Allgemeinen Zeitung" und der „Preußischen Zeitung" durchaus fremd, und habe in der „Allgemeinen Zeitung" die Broschüre genannt, welche die aktenmäßige, gerichtlich beglaubigte Darstellung meines Austritts aus der preußischen Armee enthält so erkläre ich hiemit den mir gänzlich unbekannten Verfasser jenes Artikels für einen gemeinen Lügner und niederträchtigen Verleumder. Zu Weiterem bin ich ihm gern erbötig. Dr. Hermann Orges."

Darauf entgegnet nunmehr die „Preuß. Ztg." in ihrer No. 85 Folgendes: „Die „Allgemeine Zeitung" hatte, ohne von uns im Mindesten provozirt zu sein, gegen die „Preußische Zeitung" einen Angriff gerichtet, in welchem persönlich verletzende Schmähungen gegen den Haupt-Redakteur derselben enthalten waren. Nachdem die Polemik ohne unser Zuthun auf dieses Gebiet gespielt war, hielten wir es für unsre Pflicht, nicht nur die Taktik der „Allgemeinen Zeitung" zu charakterisiren, sondern auch das persönliche Verhältniß zu bezeichnen, in welchem der anerkannte Leiter des Augsburger Blattes sich zum preußischen Staate befindet. Derjenige Theil unsrer Abwehr, welcher der „Allgemeinen Zeitung" Entstellungen der wahren Sachlage nachwies, ist ohne Erwiderung geblieben. Dagegen hat sich Herr Dr. Orges veranlaßt gefunden, uns von Neuem mit Schimpfreden zu überhäufen, wie sie unter gesitteten Männern nicht vorkommen, und die über ihn von uns gemachten Angaben für „durchaus unwahr und erfunden" zu erklären. Wir begnügen uns, dieser Behauptung gegenüber die Thatsachen einfach zu konstatiren.

Herr Hermann Orges (in den Dienstakten Henri Orges) hat vom 17. Oktober 1840 bis zum 13. Oktober 1842 auf der königl. preußischen Artillerieschule Wohnung, Nahrung, Sold und Ausbildung für den Offiziersberuf erhalten. Zum Offizier im 4. Artillerieregiment ernannt, befand sich derselbe vom Jahre 1846 bis zum 18. März 1848 auf der Kriegsschule zu Berlin, wo er ebenfalls, ohne dem Staate Dienste zu leisten, Gehalt, Servicegelder und Unterricht zu seiner weiteren Ausbildung erhielt. Am 18. März 1848 trat Herr Orges im dienstlichen Anzuge mit Schärpe an eine der aufgestellten Truppenabtheilungen, und forderte dieselbe auf, nicht zu schießen. Am 19. März war er aus Berlin verschwunden. In einem von Freiberg in Sachsen datirten Schreiben suchte er die Entlassung aus dem preußischen Militärdienste nach. Vom Oberst Leo darauf hingewiesen, daß er sich ohne Urlaub entfernt habe, und aufgefordert, sich sofort beim Kommando seines Regiments in Erfurt zu stellen, gehorchte er nicht. Demgemäß wurde das 4. Artillerieregiment unterm 11. April 1848 angewiesen, den Orges als fahnenflüchtig aus den Listen zu streichen. Hiernach wird Jedermann im Stande sein, die Art, in welcher Hr. Dr. Orges sich gegen uns ausgedrückt hat, zu würdigen. Wir erwarten, daß diejenigen Zeitungen, welche den Angriff des Herrn Dr. Orges abgedruckt haben, auch diese unsere Erwiderung ihren Lesern nicht vorenthalten werden."

Danzig, 18. Februar. [Prinzessin von Hohenzollern †.] Am 14. d. starb nach schwerem achtwöchentlichen Krankenlager, im eben angetretenen 78. Lebensjahre, Ihre Durchlaucht Frau Karoline Prinzessin zu Hohenzollern-Hechingen. Die hohe Verstorbene, eine langjährige Bewohnerin unsrer Stadt, war eine geborne Freiin v. Weiher und die Wittwe des am 6. Nov. 1827 hierselbst verstorbenen k. preußischen General-Majors Prinzen Hermann zu Hohenzollern-Hechingen. (D. Z.)

Oestreich. Wien, 17. Februar. [Vertrag zwischen Oestreich, Rom und Neapel; Fürst Windischgrätz; Anleihe.] Daß zwischen Oestreich, Rom und Neapel ein Vertrag abgeschlossen worden ist, kann als sicher betrachtet werden, über die Tragweite desselben zirkuliren jedoch vielfach irrige Nachrichten. So ist es z. B. unrichtig, daß derselbe die Wiedereroberung der Romagna bezweckt, derselbe hat im Gegentheil die strengste Defensive ins Auge gefaßt, und nur wenn in Umbrien oder irgend einem andern Theile des Kirchenstaats eine Revolution ausbrechen sollte, würde Neapel, wenn es der Papst verlangt, interveniren. Im Uebrigen ist es sicher, daß sich die drei genannten Mächte verpflichtet haben, die neue Abstimmung der mittelitalienischen Länder über die Annexion an Piemont als eine das bisherige Völkerrecht verletzende Prozedur nicht anzuerkennen und gegen dieselbe Protest einzulegen. Keiner Seits hat übrigens Oestreich als europäische Großmacht sich noch verpflichtet, keinen Vertrag zu unterzeichnen, welcher die Lostrennung der Romagna von dem Kirchenstaate stipulirt. Die Gründe, warum das Wiener Kabinet einer derartigen Stipulation nicht beitreten will, sollen ausführlich in einem Memorandum entwickelt werden, welches schon in den nächsten Tagen von hier aus an alle europäischen Höfe versendet werden und die Antwort auf die von England vorgeschlagenen vier Punkte enthalten wird. Daß diese letztere ablehnend lautet, ist bekannt, nachdem Fürst Metternich dies dem Tuilerienkabinette bereits zu Ende der vorigen Woche offiziell angezeigt hat. — Fürst Windischgrätz ist zu Sr. Maj. dem Kaiser befohlen worden. — Einer neuen Version zufolge soll sich das Lotterieanlehen nur auf 60 Millonen und nicht auf 160 oder gar auf 220 Millionen belaufen. (BHZ.)

Venedig, 14. Febr. [Demonstration.] Heute ist wieder eine der gewöhnlichen Demonstrationen auf dem Markusplatze vorgekommen, da bei der um 2 Uhr Nachmittags stattfindenden Fütterung der Tauben ein Paar derselben mit um den Hals gebundenen Trikolorbändern erschien.

Frankfurt a. M, 18. Febr. [In der heutigen Bundestagssitzung] beantragte der vereinigte holsteinische Ausschuß eine Aufforderung an Dänemark zur Erfüllung der Zusicherungen von 1851 und 1852, will zwar eine Versammlung von Delegirten zulassen, aber die Rechte der Herzogthümer in allgemeinen wie in besonderen Angelegenheiten gewahrt wissen. Er beantragte ferner, daß keine allgemeinen Gesetze ohne Zustimmung der Stände erlassen werden. Die Abstimmung wird am 8. März stattfinden. (Tel.)

Großbritannien und Irland.

London, 16. Febr. [Parlament.] In der vorgestrigen Sitzung des Oberhauses (s. Tel. in Nr. 40) beantragte Marquis Normanby, gemäß Voranzeige, eine Vorlegung der Weisungen an Mr. Corbett, Ihrer Majestäts Geschäftsträger in Florenz, in Folge deren dieser dem Neujahrsempfang Signor Boncompagni's beiwohnte, und ferner eine Vorlage der Daten aller mit Ihrer Majestät Gesandten in Paris gewechselten Mittheilungen über die projektirte Annexion Savoyens. Er begründet seinen Antrag in einer längeren polemischen Auslassung über die italienische Angelegenheit und die Politik des englischen Ministeriums. Nach einer Mittheilung, deren Quelle Graf Walewski sei, habe die Regierung dem Parlament nicht Alles eröffnet, was sich auf die savoyische Sache beziehe. Sein edler Freund möge über Zeitungsnachrichten vornehm zu lächeln affektiren, aber dann lebe er in Träumen der Vergangenheit, und nicht in der Gegenwart, wo in fast allen europäischen Staaten die Presse zum Organ wichtiger Mittheilungen gemacht werde. Erst vor 6 Wochen wurde in Folge eines anonymen Briefes ein großer Kongreß verschoben. Genug, die ganze Welt wisse mehr, als dem Parlament gestanden wurde. Graf Walewski nämlich erklärte dem britischen Gesandten offen, daß die englische Regierung, wenn sie die Abtretung Savoyens nicht wünsche, nur die Betreibung der Annexion Mittelitaliens an Piemont einzustellen habe; die eine Annexion macht die andere unvermeidlich. Darüber schwieg Lord J. Russell, als er seine Erläuterungen im Unterhause gab. Man werde vermuthlich einwenden, daß eben nur ein Gespräch zwischen dem französischen Minister und dem englischen Gesandten stattgefunden habe, und daß das Gespräch keine amtliche Form annahm. Aber in allen europäischen Staaten gelte die Regel, daß Mittheilungen des Ministers des Auswärtigen an einen fremden Gesandten, gleichviel ob mündlich oder schriftlich gemacht, durch ihren Inhalt an und für sich amtlich werden. Sehe das Haus nicht ein, wie verfassungswidrig es sei, daß die wichtigsten politischen Privatmittheilungen der Mehrzahl der Kabinetsmitglieder vorenthalten werden? Der edle Marquis verstehe überhaupt nicht, woher der Umschlag in der italienischen Politik des Ministeriums kam, — ein Umschlag, der, wie Lord J. Russell's Aberdeen-Rede zeige, nach dem Empfang der Ende Juni eingelaufenen Depeschen eintrat. Er möchte wissen, woher Lord J. Russell seine Information über italienische Zustände hatte, als er von der vollkommenen Ordnung sprach, deren sich das Land erfreue. Der Marquis verliest hier Stellen aus dem Briefe eines englischen Kaufmannes aus Livorno und aus einer Schrift von Signor Amperi, und sucht damit seine Behauptung zu unterstützen, daß keine einzige der mittelitalienischen Regierungen aus einer Volkswahl hervorgegangen sei, sondern daß alle von Piemont ernannt wurden; daß überhaupt Piemont durch die Einmischung seiner Truppen die ganze Umwälzung bewerkstelligt habe und die Bevölkerung terrorisire; daß in Mittelitalien weder Freiheit der Presse noch der Rede oder der Person vorhanden sei. Der Antragsteller greift hierauf das Benehmen Signor Boncompagni's an und besteht darauf, daß Mr. Corbett dem Empfang des provisorischen Regenten nicht hätte beiwohnen sollen, ebenso wie er (Normanby) 1848 in Paris, den Weisungen Lord Palmerston's und Lord J. Russell's gemäß, eine ähnliche Einladung M. de Lamartine's ablehnte. Earl Granville erwidert, es sei beispiellos regelwidrig, eine Korrespondenz zu verlangen, von welcher die Regierung erklärt habe, daß ihre Veröffentlichung unvortheilhaft sein würde; die gewünschten Daten jedoch wolle er vorlegen. Er leugne nicht, daß Privatmittheilungen über die Annexion Savoyens zwischen den beiden Regierungen stattgefunden haben dürften, aber er stelle es entschieden in Abrede, daß dieselben deshalb amtlich sein müßten. Wohl habe Lord J. Russell in seiner Privatkorrespondenz, als er dieselbe einmal durchsah, ein Schreiben Lord Cowley's mit Anspielungen auf die erwähnte Möglichkeit gefunden, aber nachdem später die Zusage eintraf, daß man den Gedanken aufgegeben habe, glaube er, daß sein edler Freund (Lord J. Russell) Recht hatte, wenn er von einem Privatgespräch, welches Lord Cowley für unnöthig erachtete in einer Depesche zu verzeichnen, weiter keine Notiz nahm. Mit Bezug auf die andere Motion (betreffs der Weisungen an Mr. Corbett) habe der edle Marquis eine allgemeine Anklage gegen das ganze italienische Volk erhoben. So viel parlamentarische Erfahrung sollte der edle Lord besitzen, um einzusehen, daß es unerhört sei, in einer gesetzgebenden Versammlung einen Abend nach dem andern aufzustehen und Stellen aus Privatbriefen vorzulesen, geschrieben, Niemand wisse von wem, und eingegeben von dem Hause unbekannten persönlichen

Motiven. Es sei wirklich kindisch, zu wähnen, daß das britische Parlament sich von solchen unverbürgten Mittheilungen beeinflussen lassen werde. Ihrer Majestät Regierung habe eine Sammlung solcher Anklagen zugeschickt erhalten, sie geprüft und unbegründet gefunden. Es wäre allerdings lächerlich, zu glauben, daß in Italien das goldene Zeitalter angebrochen sei, daß die Bevölkerung nie ein Unrecht, die Regierung nie einen Fehler begehe, aber nach den authentischen Berichten aller englischen Agenten zeichne sich Mittelitalien im Ganzen durch eine merkwürdige Ruhe aus und bilde einen auffallenden Gegensatz zu den Zuständen im Jahre 1848. Nur eine einzige Depesche existire, in welcher Mr. Corbett ersucht ward, den Signor Boncompagni in derselben nichtoffiziellen Weise wie früher dem Sign. Ricasoli zu begegnen. Lord Normanby bemerkt, daß er die Anfrage unterlassen haben würde, wenn er nicht gehört hätte, daß Boncompagni von England amtlich anerkannt worden sei. Lord Malmesbury beklagt sich in demselben Tone, wie der Antragsteller über die mangelhafte Auskunft, die das Parlament von der Regierung über die italienischen Angelegenheiten erhalte, und geht dann auf die italienische Frage im Allgemeinen ein. Auch er wünsche ein unabhängiges Italien. Aber wenn die Bildung eines „starken Königreichs“ in Italien die Abtretung Savoyens an Frankreich zur Folge hätte, wie könnte man jenes Königreich in militärischem Sinne stark nennen? An beiden Endpunkten würde es offen liegen. Frankreich hätte in Savoyen den Schlüssel der Alpen, Oestreich hätte am Mincio den Schlüssel Norditaliens in Händen. Ohnehin sei die militärische Vertheidigung Italiens selbst unter den günstigsten Umständen äußerst schwierig. Er glaube, daß Italien als ein von der Fremdherrschaft freier Staatenbund fester wäre. Diese seine Privatmeinung würde er trotzdem als Minister den Italienern niemals ungefragt aufdrängen. Ueber Sign. Boncompagni's politische Illoyalität urtheilt Lord Malmesbury genau so wie Normanby. Schließlich möchte er wissen, ob Frankreich Savoyen zu annexiren beabsichtige oder nicht? Die Frage sei leicht zu stellen, leicht zu beantworten. Und keine Antwort würde auch eine Antwort sein. Der Marquis von Clanricarde hält die gefürchtete Annexion Savoyens für eine Unmöglichkeit und widerlegt, auf eigene Anschauung gestützt, Lord Normanby's Urtheil über die Zustände Italiens Punkt für Punkt. Verwundert ist er, daß Lord Normanby in seinen so häufigen Expektorationen den Namen Oestreichs nirgends nenne; von einem Einfluß Oestreichs in Italien, von einem Einschreiten östreichischer Truppen und von der Möglichkeit, daß dieselben je sich unsanft benahmen, scheine er keine Ahnung zu besitzen. Lord Granville erhebt sich nochmals, um eine Mittheilung Lord Cowley's zu verlesen, wonach die französische Regierung zur Zeit der Korrespondenz keine Annexion im Sinn hatte. Lord Derby stimmt mit Lord Malmesbury überein, und wiederholt, daß die Regierung über viele Punkte Auskunft geben müsse, um das Haus zu beruhigen. Auf dem Kontinent halte man allgemein die Annexion Savoyens für beschlossen und abgemacht. Nach den Zwischenbemerkungen einiger anderer Mitglieder sagt Lord Ellenborough, die Korrespondenz über die Annexion könne unmöglich auf das Trio: England, Frankreich und Sardinien beschränkt sein. Die Frage gehe alle europäischen Großmächte an. Der König von Sardinien habe kein Recht, Savoyen abzutreten, ohne die Bewilligung aller Mächte, die Savoyen nach dem Friedensschluß von 1815 wiedergaben. Es geschah dies, um den französischen Einfluß von Italien abzuhalten. Eine unermächtigte Abtretung wäre ein Verrath an den Großmächten, so wie an den Bevölkerungen Mittelitaliens, deren Interesse es sei, daß der Staat, dem sie sich einverleiben, ein fester, starker und nicht von Frankreich abhängiger Staat sei. Lord Normanby nimmt die auf Mr. Corbett bezügliche Motion zurück, die andere wird genehmigt, und das Haus vertagt sich.

In der Sitzung des **Unterhauses** erklärt Lord Russell auf Befragen, daß die spanische Regierung, in Folge einer von Lord Malmesbury am 17. November 1858 erlassenen Depesche und darauf folgender Unterhandlungen, die englische Schuldforderung bereitwillig anerkannt und die Summe von 493,000 Pfd. St. abgetragen hat. Auf eine Frage von Mr. Griffith, ob es wahr sei, daß die französische Armee in Norditalien kampffertig gemacht werde, erklärt er, daß nichts darüber zur Kenntniß der Regierung kam. Nach einigen anderen Interpellationen ohne Belang bringt Mr. Spooner seinen Antrag auf Streichung der Maynooth-Subsidie ein, und wird derselbe nach kurzer Debatte mit 58 Stimmen Majorität (186—128) verworfen.

Frankreich.

Paris, 16. Febr. [**Frankreich und die italienische Frage.**] Nach Briefen französischer Militärärzte in Mailand wurden dort bereits die letzten Instruktionen für den neuen Lazarethdienst ertheilt. Die Aerzte mit ihren Gehülfen erwarteten jeden Augenblick ihre bestimmten Posten. Wir rechnen, heißt es, auf eine Offensivbewegung gegen den Mincio oder nach den Legationen hin. Nach meiner bescheidenen Ansicht von der Sachlage dürften alle Berechnungen über die Richtung, welche eine neue französische Expedition in Italien nehmen würde, jetzt nur müßig sein. Allerdings steht fest, daß die französische Armee jeden Augenblick marschfertig ist. Dies wirft zunächst die Berechnungen Englands auf die von ihm vorgeschlagene Nichtintervention um. Frankreich begiebt sich und kann sich keiner neuen aktiven Theilnahme an der Lösung der italienischen Angelegenheit begeben, so lange es nicht sicher ist, daß diese Lösung schließlich seinen eigenen Interessen gemäß ausfällt. Frankreich, soviel scheint mir gewiß, hat zwar noch keinen letzten Entschluß gefaßt, aber es hat auf jeden Fall den, den letzten Krieg nicht gegen sich selbst begonnen zu haben. Man kann unmöglich zweifeln, daß, wenn auch bei der Einverleibung Mittelitaliens die Vortheile Frankreichs nicht sogleich hervortreten, dieselben ihm darum nicht minder garantirt sein werden. Ohne die Garantie wird die Annexion nicht stattfinden, wenigstens nicht die von ganz Mittelitalien. In den letzten Tagen sind die Absichten der Regierung in Bezug auf die Legationen wieder ins Schwanken gerathen, so daß man im päpstlichen Lager etwas ruhiger ist. Um die Verwirrung voll zu machen, wird hier von östreichischer Seite die Nachricht verbreitet, daß der Großherzog von Toscana bereits hier anwesend sei. Da man im auswärtigen Ministerium ziemlich offen davon spricht, daß die Legationen nicht mit an Piemont annexirt werden sollen, so ist das früher bereits im „Moniteur“ angedeutete Projekt einer Vereinigung Toscana's mit den Legationen, über welche der Papst das Oberhoheitsrecht behalten würde, wieder auf das Tapet gekommen. Der Großherzog soll mit dieser Kombination einverstanden sein, nicht aber der Papst. (N. Z.)

— [**Militärisches.**] In Toulon hielt am 10. d. Vizeadmiral Romain-Desfossés auf dem Marsfelde eine Revue über die Landungs-Kompagnien des Geschwaders ab. Die Ausrüstung und Bewaffnung dieser improvisirten Soldaten zeigen, welchen Nutzen man bei einem Handstreiche oder einer Ueberrumpelung von diesen Leuten ziehen könnte. Da nur ein Theil des Geschwaders in Toulon ist, so bestand die Truppe nur aus etwa 1000 Mann mit zehn Geschützen. Besonderes Aufsehen erregten die Detachements der „Enterer“. Diese Leute, die beim Angriffe stets voran sein müssen, sind mit Revolvers zu 6 Schüssen, mit einem Sack Granaten und einer Axt bewaffnet. Sie tragen außerdem über die Schulter eine zusammenlegbare Leiter von 2 Metres Länge und um den Körper ein langes Seil, an dessen Ende ein vierspaltiger Haken ist. Diese Haken sind bestimmt, auf ein gegebenes Zeichen auf Wälle und Mauern geworfen zu werden, wo sie sich an dem geringsten Gegenstand festhaken, und in weniger als einer Minute (?) sind 50 Mann auf den höchsten Mauern, bevor der Feind Zeit hat, Lärm zu schlagen.

Paris, 17. Febr. [**Tagesbericht.**] Der Marquis de Lavalette ist, wie der „Moniteur“ heute offiziell anzeigt, wieder zum Gesandten in Konstantinopel ernannt, was er bekanntlich vor dem Krimmkriege ebenfalls war. — Dem „Ami de la Religion“ wird aus Avignon geschrieben, daß die Restauration des dortigen Palastes der Päpste, wofür man vier Millionen ausgesetzt hatte, auf unbestimmte Zeit vertagt ist. — Ollivier's Berufung ist zurückgewiesen worden. — Durch Zirkular des Kriegsministers vom 13. Februar wird den Korpskommandanten u. s. w. Befehl ertheilt, die Soldaten der Klasse 1853, deren Dienstzeit Ende 1860 abläuft, und welche augenblicklich im Innern oder in Algerien unter den Fahnen stehen, zu entlassen oder in die Reserve zu versetzen. Ausgenommen sind von dieser Maaßregel die für Pensionirung Vorgeschlagenen, die, welche sich wieder anwerben lassen wollen, die Freiwilligen, welche ihre Dienstzeit ganz durchmachen wollen, die Freiwilligen, welche auf Grund des Gesetzes vom 26. April 1855 dienen, und die Disziplinarkompagnien. Die Unteroffiziere, Kaporale, Brigadiers und Elitesoldaten, welche zur Reserve übergehn, sollen in ihren Korps ersetzt werden. — Wie das „Pays“ berichtet, soll das ganze Armeematerial gleich den Bekleidungsvorräthen auf beständigen Kriegsfuß gebracht werden. — Die Kommission, welche die Herausgabe der Korrespondenz Napoleon's I. besorgt, hat dem Kaiser nunmehr den 3. Band überreicht. In fünf bis sechs Jahren hofft sie das ganze Werk beendet zu haben. — Die „Algier nouvelle“, ein in Algier erscheinendes liberales Blatt, wurde am 7. Febr. zweimal zu 500 Fr. Strafe verurtheilt, und zwar weil es zwei Artikel, einen über den sittlichen Zustand der algerischen Bevölkerung, den andern national-ökonomischen Inhalts, aus anderen Blättern abgedruckt hatte, zwar mit Angabe der Quelle, aber mit Hinweglassung der Unterschrift. Jetzt ist das genannte Blatt abermals wegen Verbreitung einer falschen Nachricht vor Gericht zitirt. — Wieder ist ein Journal verwarnt worden, nämlich der „Brester Ocean“. Der Minister des Innern hat demselben eine erste Verwarnung aus dem Grunde ertheilt, weil er das Nationalgefühl verletzt habe. Derselbe drohe nämlich Frankreich mit jenem Unheil, das es in der traurigsten Zeit seiner Geschichte betroffen habe. — Der Ritter Desambrois de Nevache reist morgen (Samstag) nach Turin ab, worauf der noch immer hier weilende Graf Arese das sardinische Gesandtschaftshotel beziehen wird. — Der vor einiger Zeit und bei Gelegenheit der Expediton, die vom Vicekönig von Aegypten zur Entdeckung der Nilquellen projektirt worden, aber nicht zur Ausführung gekommen war, in den deutschen Blättern so oft genannte und so scharf angegriffene Graf d'Escayrac wurde von der französischen Regierung in einer wissenschaftlichen Mission nach China gesandt. — Der Schah von Persien hat sich zur Ordnung seiner Finanzen einen befähigten General-Finanz-Inspektor hier auserbeten, was ihm auch bereitwilligst zugestanden worden. — Auf Kosten der Regierung begeben sich vier junge Leute nach China, um sich durch Erlernung der dortigen Landessprache zu Gesandschafts-Dolmetschern auszubilden. — In Bezug auf das dem Marschall Randon von Viktor Emanuel verliehene Großkreuz des Annunciada-Ordens mußte von dem Ordenskapitel eine besondere Dispens ertheilt werden, da der Orden nur an Katholiken vergeben werden darf, der französische Kriegsminister aber Protestant ist. — Die vielgerühmten Panzerschiffe (vaisseaux blindés) scheinen bis jetzt nur in den Artikeln des „Moniteur de la Flotte“ und der „Revue Européenne furchtbar zu sein. Das neueste Eisenschiff „La Gloire“, hat sich als zu schwer für die Schifffahrt erwiesen; dagegen ist es sehr solid kugelfest. Frühere Schiffe litten an dem entgegengesetzten Uebel; sie waren sehr gut zur Fahrt, widerstanden aber nicht gehörig den Kugeln. Beides zu vereinigen, die kugelfeste Wandung und die nothwendige schnelle Bewegung, ist also eine bis jetzt noch nicht mit Erfolg gelöste Aufgabe. — Hr. Dentu hat so eben folgende, die Tagesfrage behandelnden Schriftchen ausgegeben: 1) Les défenseurs du pouvoir temporel, coup d'oeil sur l'histoire de la maison d'Autriche, et conséquences de la situation qu'elle occupe en Europe; 2) De la souveraineté temporelle des papes, von Friedrich Passy, und endlich 3) Le gouvernement des Romagnes aux puissances de l'Europe. Letztere Schrift enthält die diplomatischen Noten und Rechtfertigungs-Dokumente, welche die Regierung von Bologna veröffentlicht hat. — Nach einem Briefe, den die N. P. Z. aus Marseille erhält, war es kein bloßes Gerücht, sondern es ist eine Thatsache daß die dortigen Behörden vor etwa drei Wochen den Befehl erhalten haben, das Douanenpersonal für die Grafschaft Nizza zu organisiren. Einige Tage später kam Gegenbefehl.

Schweiz.

Bern, 16. Febr. [**Französische Umtriebe in Savoyen.**] Es ist eine notorisch erwiesene Thatsache, daß französische Agenten ganz Savoyen durchstreifen und durch alle möglichen Mittel jede antifranzösische Demonstration zu verhindern suchen. Hierzu gehört namentlich auch die Drohung, daß trotz allen Demonstrationen und Adressen Savoyen an Frankreich kommen werde, und daß es dann allen denjenigen, welche an Frankreich ungünstigen Kundgebungen Theil genommen, schlecht gehen werde. In den Gemeinden der Provinz Faucigny, welche Adressen erlassen haben, hat der dortige Intendant, der ein Geschöpf Louis Napoleon's ist, sogar in direkter Einwirkung von der Unterzeichnung jener Adressen abzuhalten gesucht. So handelt die kaiserlich französische Regierung in Savoyen, und trotzdem kann sie unserm Gesandten in Paris offiziell die Versicherung geben, daß die Rechte der Schweiz, welche ihr durch Verträge garantirt sind, geachtet werden sollen. Heißt das Achtung vor den Verträgen, wenn man denselben, da man die Macht nicht besitzt, sie offen und mit einem Male zu zerreißen, den Boden hinterlistig zu unterwühlen suche? Unter solchen Umständen wäre der Bundesrath ein Thor, wollte er den beruhigenden Inhalt welche ihm Dr. Kern in Betreff der Savoyer Frage übermacht hat, allzu großes Vertrauen schenken. Nicht Frankreich, sondern den anderen Mächten wird es die Schweiz zu verdanken haben, wenn diese Angelegenheit eine ihr günstige Lösung findet. Wie unser Gesandter in Paris meldet, hat derselbe namentlich an Lord Cowley in den letzten Tagen eine Stütze gefunden. Hoffentlich wird auch Preußen die Schweiz nicht verlassen. (Schl. Z.)

Bern, 18. Febr. [**Diplomatische Missionen; Adressen.**] Die Mission des schweizerischen Spezialgesandten Tourte nach Turin betrifft außer der savoyischen Frage auch die Regelung der Dampfschifffahrt auf dem Langensee und die Reklamation der schweizerischen Gläubiger in Betreff der lombardischen Kreditanstalt Monte. — Der Tessiner Staatsrath Jauch ist mit einer besonderen Mission betraut worden, die sich auf die Lostrennung der Bisthümer bezieht. — In Savoyen zirkuliren zahlreiche Adressen für den Anschluß an die Schweiz. (Tel.)

Italien.

Turin, 14. Februar. [**Französische Denkschrift; die Situation.**] Baron Talleyrand hat dem Grafen Cavour eine Denkschrift von Herrn Thouvenel über die dem heiligen Stuhle gegenüber zu beobachtenden Rücksichten überreicht, und wie man sagt, haben die darin ausgesprochenen Ansichten die Beistimmung des Ministerpräsidenten erhalten. Cavour hat sich gestern in seinen Salons in sehr vortheilhafter Weise über den neuen französischen Minister der auswärtigen Angelegenheiten geäußert. — Nach der lombardischen Grenze sind ebenfalls auf Ersuchen der französischen Regierung Befehle ergangen, um aufreizende Demonstrationen zu verhindern. Die politischen Unterhaltungen beim Minister, die sich alle um die Situation drehten, laufen darauf hinaus, daß Oestreich sich durch nichts in seiner, Zentralitalien gegenüber zu beobachtenden Politik binden will. Dagegen ist es zwischen Ricasoli und Cavour zu einem Verständnisse gekommen; ersterer soll endlich auf die Einberufung der alten Kammern Verzicht leisten und versprochen haben, er wolle zur Zeit der Veröffentlichung des königlichen Manifestes sich in Mailand einfinden. (K. Z.)

— [**Vermischte Notizen.**] Vorgestern hat die Regierung einen Kontrakt wegen Lieferung einer beträchtlichen Anzahl von Pferden abgeschlossen. — Der Stempeldirektor im Finanzministerium ist wegen Unterschleifs geflüchtet. — Der Gouverneur von Mailand hat nach seiner Ankunft ein Proklam an die Bevölkerung gerichtet, in welchem er auf die schwierige Stellung der Regierung gegenüber den Mailändern anspielt. Der Syndikus von Mailand hat die Bevölkerung zum feierlichen Empfange des Königs und zur Beleuchtung aufgefordert. — Nachrichten aus **Neapel** vom 8. d. zufolge, werden neue Bataillone errichtet und in den Abruzzen 15,000 Mann Munizipalgarde aufgestellt. — Nach einer Meldung des „Monitore Toscano“ ist es an der römisch-toscanischen Grenze in der Gegend von Monte Gualandro zwischen toscanischen Soldaten und päpstlichen Finanzwächten zu einigen Flintenschüssen gekommen, die jedoch Niemanden verwundeten. — 900 Bayern sollen in Ancona eingetroffen sein und noch mehr erwartet werden. — Die Patrioten Umbriens haben Garibaldi 10,000 Fr. übersandt.

— [**Die savoyische Frage**] ist in ihr zweites Stadium getreten: den Wühlereien im Lande selbst folgt die Periode der diplomatischen Erklärungen von Seiten der betreffenden Mächte. Frankreich hat, wie aus einer Erklärung Lord John Russell's im Unterhause am 16. d. Mts. erhellt, in Turin die Erklärung ertheilt, es halte seine Grenzen nicht hinlänglich gesichert, sobald Piemont durch Einverleibung Mittelitaliens ein bedeutender Staat werde, es sei denn, daß Frankreich Herr von Savoyen und Nizza werde. Also ohne Savoyen kein großes subalpinisches Königreich! Wenn diese Erklärung in Turin wirklich so nackt aufgetreten ist, so macht es Cavour um so mehr Ehre, daß er sich bis jetzt mit Händen und Füßen gegen dieses Opfer wehrt und von der kleinen, aber kecken Separatisten-Fraktion sich nichts gefallen läßt. So wurde auf Antrieb einer telegraphischen Depesche aus Turin das „Avenir de Nice“ am 10. Febr. wegen seiner Agitation gegen Piemont mit Beschlag belegt. Uebrigens hat die offene Wühlerei in Savoyen vorläufig so ziemlich aufgehört; das Tuilerienkabinet scheint sich also Zeit nehmen zu wollen, um die Sache, die es vor dem Forum der öffentlichen Meinung Europa's verloren hat, dem Urtheil der Großmächte zu überlassen, wie die „Morning Post“ andeutet.

— [**Kriegseifer.**] Der neue Kriegsminister, General Fanti, entwickelt eine ungemeine Thätigkeit; es wird gerüstet, gearbeitet, gegossen, exercirt und gedrillt, als müsse noch vor Ostern die Welt aus den Angeln gehoben werden. Aller theoretische Unterricht in den Kasernen hat aufgehört; denn es gilt nach dem Worte des Kriegsministers, in möglichster Schnelle praktische Soldaten zu haben; die theoretischen Kenntnisse könne man nach beendigtem Kriege erlernen. Deswegen sind Scheibenschießen, Feuerexerzitien, Kampfmanöver, Märsche, militärische Promenaden u. s. w. an der Tagesordnung. (Tr. Z.)

Turin, 15. Febr. [**Der König in Mailand.**] Heute Nachmittag 3 Uhr hat der König Victor Emanuel, einer telegraphischen Mittheilung zufolge, unter außerordentlichem Jubel der Bevölkerung seinen Einzug in Mailand gehalten.

Florenz, 10. Febr. [**Die savoyische Frage; Maaßregeln gegen die Presse; Karneval.**] Die französischen Ansprüche auf Savoyen und Nizza finden in der hiesigen Presse keine Unterstützung. Der Ton, den die leitenden französischen Blätter in dieser Angelegenheit angeschlagen haben, hat entschieden verletzt. — Das Ministerium Ricasoli fährt fort, die hiesige Presse zu maaßregeln. Verwarnungen und monatliche Suspensionen sind gewöhnliche Erscheinungen. Das Ministerium hat es auch für gut befunden, im „Monitore“ dem Journal „La Nazione“, welches bis vor Kurzem fär halb-amtlich galt, für seine Angriffe auf die Finanz-Operationen der Regierung herbe Verweise zu ertheilen. — Der Florentiner Karneval hat bis jetzt noch unter dem Ernst der Zeiten gelitten. Das hiesige Theater Cocomero ist jetzt dem hier lebenden berühmten Trauerspieldichter zu Ehren, in Theater Niccolini umgetauft worden. Am vorigen Sonntage fand die erste Korsofahrt statt. Die Hofwagen mit einer Bespannung von einigen achtzig Pferden, die mittelalterlichen Livreen und die prächtige großherzogliche Leibgarde wurden vermißt. Die in der Karnevalssaison üblichen Hoffeste finden dagegen reichlichen Ersatz in den Festen, welche die Stadt Florenz giebt. Der Herzog Strozzi hat schon einige Male seinen weltberühmten Palast für Ballfeste hergegeben, und der Adel ahmt ihm nach. Nicht selten wird bei solchen Gelegenheiten ein Eintrittsgeld erhoben zum Besten des Garibaldifonds.

Modena, 11. Febr. [**Ein Dekret Farini's**] gründet an der Universität Bologna drei Lehrkanzeln: für indogermanische und semitische Philologie, für alte italienische Sprachen und für moderne italienische Dialektlehre.

Rom, 7. Febr. [**Studentenkrawall; Verstärkung der französischen Okkupationstruppen.**] Ein Student der hiesigen Universität hatte mit loyalen Gesinnungsgenossen ein Huldigungsvotum an Pius IX. aufgesetzt. Doch kaum erhielt gestern die größere Menge der Studenten davon Kenntniß, so brach in allen Hörsälen Lärm aus. Die Kollegienstunde war erst halb verflossen, da stürzten die Gegnec der Adresse in die Portiken und gaben mit der Glocke das Zeichen zum Aufhören der Vorlesungen, was die Räumung aller Säle von den Zuhörern und das Zurück-

bleiben der Professoren vor leeren Bänken zur Folge hatte. Es schlug halb elf Uhr. Statt der Disziplin herrschte nun Zügellosigkeit und wildes Wesen. Der Haufe schrie: wo der Verfasser der Ergebenheitsadresse an den Papst sei? Die große Mehrheit der römischen Studenten sei durchaus nicht gesonnen, diesem Akt beizutreten, und deshalb wollten die einzelnen durchaus mit eigenen Augen sehen, ob man sie dabei kompromittirt habe. Der gefährdete Autor war inzwischen zu dem Vizerektor, einem Geistlichen geflüchtet, welcher zur Vermeidung größerer Widerwärtigkeiten den Knoten zerhieb, indem er die Adresse zerriß. Doch die Menge eilte unter betäubenden Rufen zu ihm und drängte mit Ungestüm, er solle das Papier zeigen, konnte ihn aber nicht zum Wanken bringen. Der Rektor, Mons. Capodonico, war hinzugeeilt, versicherte, daß die Adresse zerrissen sei, und gab sein Wort, sie solle unter diesen Umständen nicht abgeschickt werden. Trotzdem bestanden die sehr angewachsenen Haufen darauf, das Schriftstück zu sehen, bis sie endlich sich begnügten, daß es vor ihren Augen verbrannt werde. Und so geschah es! Der Kanzler der Universität, Kardinal Altieri, kam Nachmittags, um von dem Vorgaug genaue Kunde zu erhalten. Man besorgt, die Sapienza werde in Kurzem geschlossen werden müssen. Die Aufregung steigt nach allen Richtungen hin. — Hier werden Vorbereitungen getroffen, in öffentliche Räumlichkeiten und Klöster neue französische Truppen einzuquartieren. General Goyon hat Verstärkung verlangt, da die nicht über 5000 Mann zählende Garnison in so aufgeregten Tagen für gewisse Fälle nicht auszureichen scheine. Infanterie und Kavallerie wird erwartet, in Allem zwei Regimenter. (A. Z.)

Rom, 11. Febr. [**Die Encyclica; der Karneval.**] Daß die Encyclica den ungünstigsten Eindruck in den Tuilerien machte, hat der heilige Vater aus direkten kaiserlichen Aeußerungen genügend erfahren. Außerdem ward ihm von ebendaher später in der verbindlichsten Weise der Wunsch eröffnet, dem Aktenstücke nicht, wie es in dergleichen Fällen hier stets geschieht, durch das amtliche „Giornale di Roma“ die möglichst große Publizität zu geben. Advokat Monti, der das Blatt jetzt redigirt, hatte die Encyclica zu dem Zwecke bereits in den Händen, als sie zurückgefordert wurde. Auch der „Civilta Cattolica“, die doch fast nur in klerikalen Kreisen gelesen wird, ist in Folge jenes kaiserlichen Wunsches ihre Bekanntmachung für jetzt noch untersagt. So kommt es, daß hier die Wenigsten von ihrem Inhalt genauere Kenntniß haben, zumal da eine italienische Uebersetzung, wie man sie von Allokutionen und apostolischen Rundschreiben sonst ausgiebt, dieses Mal gleichfalls unterdrückt ward. Bei Erwähnung, der „Civilta Cattolica“ will ich noch bemerken, daß die Gesammtzahl ihrer Abonnenten sich gegenwärtig auf 12,000 beläuft. — Heute begann der Karneval. General Goyon erließ gestern einen Tagesbefehl an die Truppen, in welchem sie zur Wachsamkeit und strengsten Pflichterfüllung in dieser Zeit der größeren Freiheit des Volkslebens aufgefordert werden. Für Roms Einwohner erschien gleichzeitig ein Plakat, in welchem er jedwede politische Kundgebung, die versucht werden sollte, mit Gewalt zu unterdrücken droht. Die Liberalen antworteten aber mit dieser Anzeige an das Volk: „Von 10 Uhr bis Mittag große Promenade auf dem Korso, die Schlag 12 Uhr aufhört.“ Als daher die große Glocke des Kapitols eine Stunde nach Mittag das Zeichen zum Beginn des Festes gab, war alle Welt vom Korso verschwunden. Erst später zeigten sich einige Engländer, Amerikaner und Russen, überhaupt nur Fremde, keine Einheimischen. (K. Z.)

Dänemark.

Kopenhagen, 16. Febr. [**Bischof Monrad**] ist heute hier angelangt und hat sich sofort zum Könige begeben.

Flensburg, 16. Febr. [**Ständeverhandlungen.**] In der gestrigen Sitzung der Ständeversammlung eröffnete der königliche Kommissar derselben, daß die Regierung für gut gefunden, wegen unzulässiger Veröffentlichung des vorliegenden Adreßentwurfs an den König eine Untersuchung einleiten zu lassen. So viel hierselbst bekannt geworden, sind allerdings mehrere Abdrücke der gedachten Adresse ins Publikum gekommen, indessen dürfte die Untersuchung aller Wahrscheinlichkeit nach ganz andere Resultate ergeben, als man Seitens der Regierung vorausgesetzt haben wird, da die erste Verbreitung derselben erweislich von solchen Personen ausgegangen, welche man wohl schwerlich für diese Indiskretion wird verantwortlich machen wollen. — Auf der Tagesordnung folgte hierauf der Antrag des Verbitters v. Rumohr, betreffend die Aufhebung der zahllosen Bücherverbote, wie auch des Verbots der bisher mit Holstein gemeinsamen nichtpolitischen Vereine, welcher von Seiten des Pastors Mürik Hansen leidenschaftlichen Widerspruch erfuhr. Letzterer ließ sich in seinem Eifer zu der Behauptung verleiten, daß die Inkorporation des Herzogthums Schleswig bereits eine vollendete Thatsache geworden sei, weshalb alle ehemalig schleswig-holsteinischen Institutionen nunmehr definitiv ihr Ende erreicht hätten, eine Aeußerung, durch die er sich ebenfalls seinerseits einen nicht minder lebhaften Widerspruch zuzog. (Pr. Z.)

Vom Landtage.

Haus der Abgeordneten.

Aus der 13. Plenarsitzung des Abgeordnetenhauses am 17. d. tragen wir, zur Ergänzung unserer kurzen Notizen in Nr. 42, aus der Diskussion über die **Grundsteuer** rc. noch Folgendes nach. Abg. v. **Benda und Genossen** haben folgenden hinreichend unterstützten Verbesserungsantrag eingebracht. „Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen §. 3 wie folgt zu fassen: „Die Grundsteuer von den ertragsfähigen Grundstücken mit Ausschluß der Gebäude (von den Liegenschaften) wird in allen Provinzen des Staats für die Zukunft auf einen gleichmäßigen Prozentsatz des zu ermittelnden Reinertrages jedes Grundstückes von höchstens 8 Prozent festgestellt. In dem hiernach sich ergebenden Gesammtbetrage soll die Grundsteuer für jede Provinz, beziehungsweise für jeden einem besonderen Steuersysteme unterliegenden Verband, als ein Kontingent behandelt worden, welches der Staatskasse gegenüber nur durch den Zugang steuerpflichtig werdender oder den Abgang steuerfrei zu stellender Grundstücke (§. 2 des Gesetzes vom 24. Februar 1850 betr. die Aufhebung der Grundsteuerbefreiungen, §. 10 des Grundsteuergesetzes für die beiden westlichen Provinzen vom 21. Januar 1839 und §. 8 und 9 des gegenwärtigen Gesetzes) oder im Wege der Gesetzgebung erhöht oder vermindert werden kann. — Als zweites Alinea zu setzen: Die Feststellung des zu erhebenden Prozentsatzes und die Bestimmung des Zeitpunktes, von welchem ab die neu festzustellenden Grundsteuerhauptsummen in Hebung gesetzt werden sollen, wird einem besonderen Gesetze vorbehalten.

Beim Eintritt in die Generaldiskussion über die Grundsteuervorlagen melden sich fünf Redner **gegen** und sechs Redner **für** die Kommissions-Anträge. Der Berichterstatter **Riedel** ergreift zuerst das Wort. Der Gegenstand, womit sich das Haus heute beschäftigt, hat schon seit 1850 verschiedene Male Anlaß zu Gesetzentwürfen gegeben. Obgleich die Befreiungen und Bevorzugungen von der Grundsteuer jeder rechtlichen Basis entbehren, so bestehen sie dennoch und dieser Widerspruch zwischen Gesetz und Wirklichkeit ist mit der Würde des Staats nicht zu vereinen und es ist endlich geboten, die Aufhebung der Befreiungen und Bevorzugungen von der Grundsteuer ins Werk zu richten. Hoffentlich wird Nr. 3 des Gesetzentwurfes Ihre allseitige Zustimmung erhalten. Es ist die Pflicht der Regierung, mit dieser Aufhebung vorzugehen, wie sie andererseits die Ueberbürdungen, welche in einzelnen Theilen der Monarchie bestehen, zu mildern, in dem sie die Grundsteuer sofort bis auf 10 Prozent zu ermäßigen vorschlägt. Sie bietet ferner eine Entschädigung demjenigen an, welchem irgend welche Rechte auf Befreiung und Bevorzugung nicht zur Seite stehen, so wie denen, welche aufhören, Grundsteuerbefreite zu sein und bei denen der Uebergang in die Pflichtigkeit eine Last auferlegen könnte, die nicht ohne erschütternden Einfluß auf ihre Vermögensverhältnisse sein würde, die Entschädigung soll mithin mit einem Worte allen von der Ausgleichung Betroffenen gewährt werden. — Graf **Canitz** (Gegner der Vorlage) gesteht ein, daß es nicht leicht ist, mit neuen Gründen als Gegner aufzutreten. Diejenigen, welche diese Grundsteuerfrage nicht verstehen und niemals verstanden haben, identifiziren dieselbe mit der Reaktion, mit dem Junker-Ritterthum und denen ist schwer zu entgegnen. Die ganze Frage ist sicher ins Fleisch und Blut der Nation übergegangen, sie ist zur Parteifrage geworden. Als Parteifrage wollen wir, die Gegner der Vorlagen in diesem Hause, die Angelegenheit nicht behandeln. Nicht der große, sondern der gesammte Grundbesitz sind hierbei betheiligt, wir treten mit Unbefangenheit in die Debatte, wir sind uns bewußt, weder Standes- noch Sonder-Interessen vertheidigen zu wollen; wir wollen aber die allgemeinen Interessen vertreten. Was Nr. 3 der Gesetzvorlage betrifft, so wird, da eine Entschädigung gewährt werden soll, den Betroffenen bei Aufhebung ein geringes Opfer auferlegt werden und wir würden uns damit einverstanden erklären, einmal, weil die Befreiungen aufgehoben sind, und dann, um all den gehässigen Insinuationen endlich ein Ende zu machen. Wir haben aber die Sache von anderen Seiten zu erwägen. Diese Ausgleichung soll keine neuen Einnahmen gewähren, sie ist also mehr politischer als finanzieller Natur. Wir haben hierbei formelle und materielle Bedenken, formelle, weil wir es für unmöglich halten, eine genaue Ermittelung des Reinertrags der Liegenschaften anzustellen, und was die materiellen Bedenken betrifft, so will ich gleich einem Einwande begegnen, der uns gemacht worden ist. Man hat gesagt, daß die Grundsteuer in der Provinz Schlesien 20, 30, ja 50 Prozent betrage. Das ist richtig, aber die Veranlagung hat vor mehr als 100 Jahren stattgefunden, damals war Schlesien eine eroberte Provinz und das Hypothekenwesen war dort noch nicht geregelt. Heute ist das dort anders, wie auch überall. In der Provinz Preußen ist der Grundbesitz bis über die Hälfte mit Hypothekenschulden belastet, die Kommunallasten sind bis zu einer bedeutenden Höhe angewachsen, die Armenpflege nimmt große Mittel in Anspruch und käme nun noch die Grundsteuer hinzu, dann wäre es nicht mehr leicht, zu wirthschaften. Es wäre wohl allenfalls möglich, die Steuern zu bezahlen, aber man erreichte zuletzt damit, daß der Grundbesitz mobilisirt würde und daß der große Grundbesitzer sich zuletzt gezwungen sehe, Land und Leute an solche zu überlassen, welche es besser verstehen, Land und Leute auszubeuten. (Oho, Oho!) Die Insinuation, als ob wir auch den Vorlagen Opposition machen wollten, welche die Heeresreorganisation betreffen, diese Insinuation weisen wir zurück. Wir sind durchdrungen von der Nothwendigkeit dieser Reorganisation, wir sehen ein, daß die Regierung hierzu Geld braucht, aber wir sind der Meinung, daß sie andere Mittel ausfindig machen muß, als die Grundsteuer. Wir wissen, daß wir hiermit das Odium, daß auf dem steuerbefreiten oder bevorzugten Grundbesitz lastet, nicht von uns abwälzen, und daß wir es selbst noch lange tragen werden.

Abg. v. **Sänger** will sich nicht darauf einlassen, die Anhänger der Rententheorie zu bekämpfen, d. h. diejenigen, welche die Grundsteuer nicht für eine Steuer, sondern für eine Rente halten. Das Bedürfniß der Ausgleichung macht sich nach zwei Richtungen entschieden geltend. Die gegenwärtige politische Lage Europa's hat die finanziellen Kräfte Preußens schon bedeutend in Anspruch genommen und droht sie auch ferner noch in Anspruch zu nehmen. Der Staat braucht Geld, die Eröffnung neuer Quellen ist schwer und der Herr Vorredner hat uns nicht gesagt, welche neue Quellen etwa dem Staate disponibel wären. Die jetzige Vorlage ist denn auch von der vorigen verschieden, denn die vorjährige hat jegliche Einnahme in Abrede gestellt, während die diesjährige auf diese Einnahme rechnet und damit eine nothwendige Ausgabe zu decken sucht. Das Bedürfniß einer Ausgleichung hat sich auch nach einer andern Seite hin geltend gemacht. Es ist wahr, diese Frage hat entschieden einen solchen Charakter angenommen, daß der innere Frieden des Landes gefährdet ist. Ob aus triftigen Gründen oder nicht, mag nicht erörtert werden; genug, die Thatsache steht fest: es ist so. Um so nothwendiger ist es, daß jetzt, wo jeder Tag gewichtige Ereignisse bringen kann, das Preußenvolk als ein Volk von Brüdern, einig und vereint, erscheine. Auch in Betreff der inneren Angelegenheiten wäre Einigkeit zu wünschen, und hätten wir ernstlich im Sinne, auch den geringen Rest von Kommunalverwaltung, der uns geblieben, uns zu bewahren, so würde es gar nicht so schwierig sein, eine gerechte Vertheilung bei Aufbringung der nothwendigen Geldmittel zu ermöglichen. Der Herr Vorredner meint, daß in manchen Gegenden der Grundbesitz schwer belastet sei, das mag richtig sein; aber wenn in diesen Gegenden der Grundbesitz zu den Steuern herangezogen worden ist, so sind diese anderen gegenüber zu stellen, wo dies nicht der Fall ist und wo die Einkommen- und die Klassensteuer allein alle Lasten tragen. Es ist ferner das Bedürfniß einer schleunigen Annahme der Vorlagen vorhanden, weil ich überzeugt bin, daß sie früh oder spät und schließlich doch erfolgen wird, und daß je später desto nachtheiliger die den Betheiligten auferlegten Bedingungen sein werden. Diese Frage hat nun große Aehnlichkeit mit den sybillinischen Büchern, mögen es die Herren nur glauben; warten Sie noch länger damit, dann möchten Ihnen eines Tages die Augen gewaltig aufgehen. Ich bin übrigens ebenfalls für die Modifikation des §. 3, dieser bête noire des Entwurfs, doch wird hiervon besser bei der Spezialdiskussion die Rede sein können. Die vier Gesetzentwürfe bilden unbestreitbar ein unzertrennbares Ganze; es ist ferner vollkommen gerechtfertigt, daß die Gebäudesteuer von der auf die Liegenschaften zu errichtende Steuer getrennt worden, weil die Ermittelung der Reinerträge auf verschiedenen Vorbedingungen beruht. Schwer mag die Ermittelung der Reinerträge von den Liegenschaften sein, unmöglich ist sie aber nicht. Was die §§. 3 und 4 der Vorlagen betrifft, so ist aus Billigkeitsrücksichten eine Entschädigung in Aussicht gestellt worden, da sie aber aus Billigkeitsrücksichten gewährt wird, so wird sie billig und mäßig sein müssen und nicht voll, wie der Herr Vorredner es will. Was die wirthschaftliche Natur der Grundsteuer betrifft, so ist es richtig, daß sie den Charakter einer direkten Steuer, auf Leistungsfähigkeit begründet, nicht hat. Ein jeder Staat Europa's hat die Grundsteuer einführen müssen, und Preußen wird sich dieser Steuer nicht entziehen können, wobei es nicht wichtig erscheint, ob aus dieser Steuer große Einnahmen erzielt werden. Für uns handelt es sich hier nur darum, darauf zu halten, daß die Grundsteuer, so weit sie Staatssteuer ist, nicht zur Ueberbürdung führt, das ist, wofür wir Sorge zu tragen haben. Die Schaar von Gegnern gegen diese Steuern machen ihren Befürchtungen Luft, indem sie von der Schraube ohne Ende sprechen, und hört man die warmen Vertheidiger der Grundsteuer reden, so kann man den Gegnern solche Schraubengedanken nicht verargen; aber sie mögen doch bedenken, daß nicht die warmen Vertheidiger allein für die Ausgleichung sich erheben. Was endlich die vermeintlichen Gefahren betrifft, denen der Grundbesitz durch Erhöhung der Steuern ausgesetzt sein soll, so hat es damit nichts zu sagen, nur darf der Satz nicht zu hoch gegriffen sein. Es liegt aber in unsrer Macht, hier den richtigen Weg zu gehen, und die Macht besteht darin, daß wir eine den Verhältnissen angemessene Selbstverwaltung in den unteren Sphären erlangen.

Abg. v. **Wedell-Kremzow**: Das Einkommen aus dem landwirthschaftlich benutzten Boden hängt vielmehr von den persönlichen Eigenschaften des Besitzers, von vielen anderen Verhältnissen, von Naturereignissen rc. ab, als von der Quantität und Qualität des Bodens. Eine Abänderung in der Besteuerung des Grund und Bodens darf nur im Falle der äußersten Noth geschehen. Die Regierung hat diese Frage in verschiedenen Jahren auf verschiedene Motive begründet, früher hat sie von politischer Nothwendigkeit gesprochen, dann von der Konsequenz bereits vorhandener, aber nicht ausgeführter Gesetze und endlich wünschte die Regierung dem Andringen der westlichen Provinzen auf eine Ausgleichung mit den östlichen Provinzen nachzugeben. Das Gesetz von 1810 ist und bleibt nichts weiter, als ein legislatorischer Monolog, und auch der Art. 101 der Verf. Urk. spricht von Steuern und nicht von Personen. Den Gesetzentwürfen 3 und 4 könnte man mit einigen Modifikationen allenfalls zustimmen und auch dem Gesetzentwurf 2 würde, wenn er bedeutend modifizirt wäre, nicht gerade zu widersprechen sein, so daß also die Gegner der Vorlagen eine Annäherung zu versuchen, gern die Hand bieten möchten. Einem Gesetze aber, das an der Stirn als Devise die Edikte von 1810, 1820 trägt, ist unmöglich zuzustimmen. Hätte die Regierung es bei dem Gesetzentwurfe 3 bewenden lassen, so wäre ein Verständniß möglich gewesen, aber sie hat bei dem Gesetz Nr. 1 einen sehr wesentlichen Zusatz gemacht, der allein Schuld sein wird daran, daß die Entwürfe fallen werden, wie ich hoffe. Bei der vorjährigen Vorlage hätten die westlichen Provinzen offenbar ein Geschenk auf Kosten der östlichen erhalten, jetzt werden sie dies Danaer Geschenk wohlweislich abschlagen. Das sogenannte Prinzip der Ausgleichung ist falsch bei einer schon bestehenden Steuer, es wäre richtig bei einer neu einzuführenden. Ich will zugeben, daß die Grundsteuer keine Rente ist, aber es ist nicht zu leugnen, daß sie die Natur der Rente im Laufe so vieler Dezennien angenommen hat. Die Grundsteuer muß abgelöst werden, sonst ist keine Ausgleichung möglich und alle Versuche werden scheitern. Der Redner wendet sich zuletzt mit dem Vorwurfe gegen die Herren v. Patow und Auerswald, daß ihre jetzige Stellung zur Steuerfrage nicht der entspräche, welche sie früher eingenommen hätten, und so wirft er auch namentlich dem jetzigen Finanzminister vor, daß er in der Sitzung vom 19. März 1857, aus welcher Redner die stenographischen Berichte anzieht, wo es sich um Bewilligung der Salzsteuer gehandelt hat, davor gewarnt hat, mehr, als das Bedürfniß erfordert, zu votiren und eine Bewilligung ohne eine vorhergegangene spezifizirte Aufstellung eintreten zu lassen. „Ich bitte Sie also, Ihre Pflicht und Ihr Votum in eben derselben Weise, wie es damals der Freiherr v. Patow wollte, abhängig zu machen.“ Der Redner ergeht sich noch in verschiedenen Anklagen gegen die Vorlage und schließt dann, daß man, wenn dieselbe durchginge, würde sagen können, das Ministerium habe den Grundbesitz **revolutionirt**.

Abg. **Dunker** (Berlin) will die Erwiederung auf die Angriffe gegen den Finanzminister dem Herrn v. Patow selbst überlassen, im Uebrigen hält er es zunächst für nothwendig, zu motiviren, weshalb er, als Vertreter einer Stadt und bei deren Verwaltung betheiligt, trotzdem daß diese Stadt von der Gebäudesteuer am härtesten betroffen werde, in der Kommission für dieselbe gestimmt habe. Er weist darauf hin, wie gerade das platte Land sich auf Unkosten der Städte entlastet habe, somit Reform der ländlichen Gemeindeordnung, der Personalsteuergesetzgebung, der Justizverfassung, des Polizeiverfahrens. Diese Maaßnahmen alle, unter dem vorigen Ministerium verschärft, hätten beinahe den Gedanken entstehen lassen können, als wäre es auf eine Vertilgung der großen Städte abgesehen. Es wäre also um so seltsamer deshalb, wenn eine gewisse Partei die Freiheit der Arbeit und des Kapitals, wodurch die großen Städte blühten, so auffaßte, als ob dieselbe zum Ruin des großen Grundbesitzes führen müsse, während die genannten Städte doch die allerwesentlichsten Abzugsquellen für die Produkte des Grundbesitzes bildeten. Der Patriotismus könne sich dem nicht entziehen, die erforderlichen Lasten zu tragen, deshalb müßten die Städte auch die Lasten, die ihnen das Gesetz aufbürde, auf sich nehmen, und zwar um so mehr, als die vier Entwürfe auf das Innigste in sich zusammenhängen. Der Redner geht nun auf die geschichtliche Entwickelung der Frage ein und erinnert daran, daß die Gebäudesteuer schon einmal proponirt, aber mit wesentlich anderen Motiven; er weist die von andrer Seite gestellte Forderung auf vorgängige Katastrirung zurück, er will einheitliche Steuern für den städtischen und ländlichen Grund und Boden mit einheitlichem Prozentsatz für alle Theile der Monarchie; er insinuirt, daß die Majorität nur für das Gesetz sein könne, und mahnt die Konservativen, daß die Opfer, welche die neue Heeresorganisation auferlege, durch die Regelung der Grundsteuer aufgewogen werden müßten. Hic Rhodus, hic salta! Die 18 verschiedenen Grundsteuern mit Allem, was drum und dran hängt, wäre kein Gegenstand des Konservirens. Man spreche von Gefahren, aber solche Art des Konservatismus könne dem Nachbar im Westen nur wohlgefällig sein. Preußens Stellung in Deutschland, seine ganze Zukunft bestehe in dem Fortschritt verfassungsmäßiger Entwickelung. Der Redner erinnert schließlich daran, wohin die Konsequenzen des gegnerischen Prinzips führen und wie sehr dieselben gegen ihre eigenen Erfinder gekehrt werden können. Wenn man sage, daß die Steuer nur die Person und nicht die todte Sache treffen könne, so könne die todte Sache, nämlich der steuerfreie Grund und Boden, kein Recht haben. Die landwirthschaftliche Steuer aber, die man an Stelle der Grundsteuer einführen möchte, könnte zur furchtbaren Handhabe werden, wenn z. B. dekretirt würde, die bestehende Grundsteuer ist aufgehoben, an Stelle derselben wird eine landwirthschaftliche Steuer eingeführt, dieselbe trägt so und so viel Prozent, dafür haftet der Grundbesitz.

Abg. v. **Wedell** (Nordhausen) ist auf der Tribüne schwer zu verstehen, man hört nur abgebrochene Sätze, die dreimal die Heiterkeit der Rechten herausfordern und aus denen nur so viel erhellt, daß der Redner gegen das Gesetz spricht. Dr. **Gneist** spricht für die Kommissionsanträge. Er führt an, daß verfassungsmäßig nur ein fester Prozentsatz bestehen könne; alles andere sei Vorbereitung, wie in der Gesetzgebung von 1810—59. Langsamkeit wäre zwar die Mutter der Vorsicht, aber mit den älteren Steuern sei man nicht so bedächtig verfahren, wie mit Einführung der projektirten, die doch nur eine Fortsetzung des Steuersystems der früheren Jahrhunderte wäre. Der Redner entkräftet darauf die Bedenken, als ob der Grundbesitz die Steuer von 8 Proz. nicht tragen können und giebt in längerer Ausführung zu bedenken. wie es aber die Haltung des Grundbesitzes in früherer Zeit gehoben und gefördert habe, daß derselbe an Leistungsfähigkeit mit allen andern Ständen voransgewesen. Er beleuchtet noch die feudale und volkswirthschaftliche Anschauung des Gegenstandes und schließt damit, daß er das Gesetz für nothwendig recht und konsequirt halte. — Der Reg. Kommissar **Schumann** bezeichnet es als Standpunkt, den die Regierung unverrückbar festgehalten: Die Grundbesitzer nach Maaßgabe des Reinertrags ihrer Grundstücke gleichmäßig zu den Staatskosten heranzuziehen. Er weist dann die Vorwürfe zurück, die dem Entwurfe von Seiten der feudalen Partei gemacht werden (und auf die im Kommissionsberichte schon näher eingegangen), dieselbeu Vorwürfe ließen sich auch gegen jede andere Steuer erheben, mit Ausnahme einer Klassensteuer, die wohl als Ideal vorschweben möge, aber in diesem Umfange nicht zu erweichen sei. Eine ertragsweise Einkommensteuer leidet an denselben Mängeln, wie die Grundsteuer, auch da werde nicht die Leistungsfähigkeit allein besteuert. Es sei durchaus richtig, nur die Quellen des Einkommens zn besteuern. Was die Frage anbetrifft, ob die Grundsteuer nicht besser abzulösen sei, was eigentlich mit einer Aufgebung derselben identisch sei, so macht der Reg. Kommissar darauf aufmerksam, daß in der Folge doch wieder eine ähnliche Steuer hergestellt werden müßte. Im Uebrigen rechtfertigt der Redner die vier Gesetzentwürfe mit den Motiven der Vorlage, im Verlauf dessen eine merkliche Unruhe eintritt, so daß der Präsident, Dr. **Simson**, sich mit den Worten erhebt: Ich muß um etwas Ruhe bitten, meine Herren. Der Reg. Kommissar schließt damit, daß er sagt, er glaube allerdings nicht viel Anderes hervorgehoben zu haben, als was seit Jahren ohne Erfolg gesprochen und geschrieben worden, aber auf Eins müsse er die Gegner des Gesetzes doch noch aufmerksam machen, darauf nämlich, daß das Beispiel von 1853 nicht unnütz sein möchte, und daß man daran denken solle, wie es doch möglich wäre, daß, **wenn jetzt die Regelung der Grundsteuer mit Entschädigung verworfen wird, sie dann doch später leicht ohne Entschädigung eingeführt werden dürfte.**

Der Finanzminister Frhr. v. **Patow**: Es ist der Regierung der Vorwurf gemacht worden, daß sie ihre Vorlage anders motivirt habe, als früher, daß sie früher die politischen Motive zum Schluß hervorgehoben, während sie jetzt dieselben voranstelle. Die Regierung aber ist konsequent gewesen, sie hat anerkannt, daß, wenn die Grundsteuer in Wahrheit eine Steuer ist, keine Regierung der Pflicht sich entziehen könne, dieselbe einzuführen, die Regierung hatte ebensowohl das Recht wie die Billigkeit im Auge, sie hielt es vorzugsweise für eine politische Aufgabe, durch Regelung der Grundsteuerfrage einen Gegenstand des Haders und Prinzipienstreits zu entfernen, die bestehenden Ungleichheiten zu beseitigen, aber auf schonende Weise. Zu diesen politischen Motiven war freilich nun noch ein **neues** finanzielles hinzugekommen, und habe er bereits die Nothwendigkeit dargelegt, mit der die Umgestaltung des Heerwesens größere Ausgaben erfordere. Dazu sollen die Ueberschüsse, die durch die Grundsteuer erzielt würden, mitwirken. Ein vielgelesenes Blatt habe freilich herausgerechnet, daß die Regelung der Grundsteuer nur große finanzielle Verluste mit sich führen könne, dagegen wurde in der heutigen Debatte bemerkt, daß die Ueberschüsse von übermäßiger Größe sein dürften. Beide Angaben waren unrichtig, und die Staatsregierung würde auch hier in der gehörigen Mitte stehen. So weit sich die Erfolge der Grundsteuer übersehen ließen, würden sich mit der Zeit die Einnahmen stellen auf 2,143,000 Thlr. Davon würden während 40 Jahren an Zinsen und Amortisation verwendet werden müssen 490,000 Thlr., blieben mithin 1,653,000 Thlr. Auf diesen Betrag müsse die Regierung rechnen und rechne sie, wenn sie die neue Heeresorganisation durchführen solle. Was die von Herrn v. Wedell gegen ihn gerichteten Anklagen beträfe, so müsse er erinnern, daß den Vorlagen von heute und damals wesentlich verschiedene Motive zu Grunde lagen. Damals standen gewisse Mehrausgaben ziemlich fest und sollte dazu die Annahme von 4 Steuergesetzen die Mittel gewähren. Ich machte damals zweierlei Einwände, erstens, daß die Mehrausgabe durch Zunahme der Einnahme gedeckt werden könnte, was sich seitdem bestätigt hat, und zweitens, daß die Veranschlagung eine zu unbestimmte sei, als daß nicht über das Geforderte hätte hinausgegangen werden können. Dazu schlug ich die vorhin erwähnten beschränkenden Bestimmungen vor, und auch heute noch nehme ich diesen Standpunkt ein und kann es von Regierungswegen nur rathen, daß das Abgeordnetenhaus dieselben Grundsätze befolgen möge. Was nun die 1,600,000 Thlr. anbetrifft, die das Ministerium für die Armeereform aus der Grundsteuer entnehmen will, so würde ich den Gegnern des Gesetzes sehr dankbar sein, wenn sie mir angeben könnten, wie ich mit weniger auskäme; selbst für einen Rath, der dies mit den vorerwähnten 5 Millionen zur Ausführung brächte, würde ich mich noch bedanken. Der Finanzminister wendet sich in seiner, von vielfachem Beifall begleiteten Rede schließlich gegen einige Herren der Linken, um ihre Angaben ad absurdum zu führen. So macht er zum Beispiel auf den Widerspruch aufmerksam, daß jetzt bei Annahme des Satzes von 8 Proz. darüber geklagt

werde, wie man dies von einzelnen Theilen der östlichen Provinzen, wo der Grund und Boden nur mit 2—4 Proz. besteuert wäre, verlangen könne, während von derselben Seite früherhin immer behauptet wurde, daß die westlichen Provinzen im Vergleich zu den östlichen gar nicht so auffallend sehr belastet wären. Der Finanzminister hält die Angriffe gegen die Regierungsvorlage in keiner Weise für gerechtfertigt und kommt noch einmal darauf zurück, daß die Lösung der großen Aufgabe der Heeresorganisation nicht ohne Erledigung der Grundsteuerfrage gedacht werden könne. Weisen Sie die Vorschläge der Regierung zurück, dann wird es Ihnen obliegen, andere Mittel und Wege anzudeuten, wie unsre Aufgabe zu lösen; wer dies in der That will, wird sich der Annahme des Gesetzentwurfs nicht entziehen können.

Berlin, 18. Febr. [**Vierzehnte Sitzung**.] Der Präsident theilt mit, daß ihm vom Herrenhause der Gesetzentwurf über das Ehegesetz, wie derselbe aus den Beschlüssen des Hauses hervorgegangen, übermittelt worden, und schlägt vor, denselbe einer besonderen Kommission zu überweisen. Obwohl Abg. Frhr. v. **Vincke** (Hagen) dagegen spricht, wird der Vorschlag angenommen. — Die Wahlen der Abgg. v. **Bockum-Dolffs** und v. **Roon** werden für gültig erklärt. — Zur Fortsetzung der Generaldiskussion über die Grundsteuervorlagen spricht zunächst Abg. v. **Tettau** (Gegner der Vorlage). Die Vorlagen, führt der Redner aus, enthalten eine Erhöhung der Steuern, welche auf dem Grundbesitze haften, die Einführung ganz neuer Steuern und eine Belastung mit Steuern einzelnen Personen aufgelegt auf Kosten ganzer Provinzen. Mit der Berechnung der Steuer auf Gebäude kann man einverstanden sein, denn die Gebäudesteuer läßt sich übertragen, und wenn auch nicht gleich in der nächsten Zeit, so doch später ganz gewiß, sei es durch Steigerung der Miethen oder anderswie. Dagegen lassen sich neu aufgelegte Steuern auf Liegenschaften nicht übertragen, und solche Steuern treffen ganz entschieden den jetzigen Besitzer, enthalten also eine Verminderung seiner Vermögensverhältnisse. (Und wenn die Gebäudesteuer auf die **Miether** übertragen wird, trotzdem die Wohnungsmiether schon so überaus hoch geschraubt sind, so kann man das doch auch wohl als eine „Verminderung der Vermögensverhältnisse" ansehen. Den **Miethern** schadet das aber wohl nichts, denn der Abgeordnete v. Tettau wohnt jedenfalls nicht zur Miethe. D. Red.) Man behauptet mit Unrecht, daß die Gebäudesteuer im Zusammenhange mit den übrigen Steuern stehe. Steuern in den Städten werden in ihrer Allgemeinheit nicht erhöht werden und es wird die Aufbringung der neuen Steuer nur der ländlichen Bevölkerung zufallen. Und dennoch würde ich mich dazu entschließen können, für die Vorlagen zu stimmen, wenn mir die Garantie gegeben wäre, daß der Ertrag hieraus wirklich für das Heer bestimmt wäre und nicht zu den Entschädigungen, wie dies die Regierung beabsichtigt. Im Jahre 1852 war die Regierung bei Veranlagung der Grundsteuerbefreiungen selbst der Ansicht, daß eine Gebäudesteuer von 5 Proz. gleichbedeutend sein würde mit einer Steuer auf $7\frac{1}{3}$ Proz. Man hat die Ansicht ausgesprochen, daß die Grundsteuer nicht mehr als Rente betrachtet werden könne. Sicher ist es gewiß, daß die Grundsteuer die Natur einer Reallast hat. Früher ist die Grundsteuer eine persönliche, eine Einkommen-, eine Vermögenssteuer gewesen, seitdem aber die Unveränderlichkeit der Grundsteuer in den östlichen Provinzen von allen Landesherren gewährleistet worden ist, seitdem hat sie den Charakter der Reallast angenommen. Was die Rheinlande und Westfalen betrifft, so frägt es sich sehr, ob sie durch eine Grundsteuer von 20 Proz. sich in einer übleren Lage befinden, als die Provinz Preußen, welche allein 150 Millionen Thlr. für Lieferungen in den Kriegszeiten ausgegeben hat. Selbst die Marken, die noch heute Kriegssteuer bezahlen, sind schlechter weggekommen, als die westfälischen Lande. Ich behaupte, daß die Auflegung der Grundsteuer mit allen Regeln einer gesunden Volkswirthschaft im Widerspruch steht. Es ist ferner behauptet worden, der Staat müsse nicht bloß das Einkommen, sondern auch die Erwerbsquellen besteuern Ja, die Eisenbahnsteuer ist sicherlich eine Einkommensteuer, die Bergwerkssteuer ist ein Regal, die Tabaks-, die Weinbausteuer wird von Konsumenten getragen und auch die Branntwein-, die Maisch-, die Rübenzuckersteuer sind reine Konsumtionssteuer, und so ist es denn möglich, daß auch die Grundsteuer auf die Konsumenten übertragen werden könnte, dann steht aber fest, daß die Gesetze, selbst angenommen, keinen, oder nur geringen Erfolg haben werden. Man hat ferner angefürht, daß der Grundbesitz für die besonderen Vortheile, welche ihm aus dem Staatsverbande zufließen, auch besondere Steuern tragen könne, man hat aber nicht nachgewiesen, welches diese besonderen Vortheile sind. Ich kenne keine, könnte aber sehr viele Nachtheile aufzählen. Halten Sie vielleicht die Ausübung der gutsherrlichen Polizei für einen Vortheil? Hingegen benachtheiligen doch sicher der Ausfuhrzoll auf Wolle, der Einfuhrzoll auf Eisen, die Maischsteuer die Landwirthe allein (?); andere Nachtheile erwachsen ihnen aus der Maaßregel, welche die Städte zur Erhebung des Einzugsgeldes berechtigt, und wodurch das Proletariat auf das flache Land angewiesen wird. Aber auch die etwaigen Vortheile finden ein hinreichendes Acquivalent in der Kriegssteuer. Es sei zugegeben, daß der Grundbesitz mit Recht zu den Kommunallasten herangezogen werde, z. B. zur Erbauung von Chausseen, weil der Grundbesitz hieraus unbedingten Vortheil zieht. Es bedarf keiner Erhöhung der Grundsteuer, um die Bedürfnisse des Staats zu decken, die Kreise werden leicht andere Mittel auffinden, um zum Ziele zu gelangen. Man hat ferner behauptet, der Grundbesitz müsse im Falle eines Krieges in erhöhtem Maaße zu den Bedürfnissen beitragen, namentlich wenn andere Quellen versiegen. Dies ist richtig, dann muß man aber den Grundbesitz im Frieden **schonen**, damit er im Kriege leistungsfähig sein kann. Ich gebe zu, daß eine Steuer von 8 Proz. des Reinertrags für diejenigen Grundbesitzer nicht drückend sein wird, welche sich im Besitz eines 100,000 Thlr. werthen unverschuldeten Grundstückes befinden, aber diejenigen, welche gewissermaßen nur die Verwalter für ihre Gläubiger sind, können diese Erhöhung nicht erschwingen, und drücken sich dann erst folgerichtig die Güter im Preise, so kommt ein Theil der Grundbesitzer in Gefahr, sein Eigenthum ganz zu verlieren. Wenn eine Zeitung behauptet hat, die Regierung habe selbst erklärt, daß die neuen Steuern nichts einbringen würden, so hat diese Zeitung sich nur der Zahlen bedient, welche ihr die Regierung zur Disposition gestellt hat. Man wirft uns immer vor, daß die Grundsteuer allein noch nie erhöht worden ist, ja, ich antworte mit dem Wahrworte: **Die Bevölkerung wächst, aber der Grund und Boden nicht**, und darum mögen alle anderen Steuern nach und nach mehr einbringen, bei der Grundsteuer ist dies aber nicht möglich. Es ist ferner nicht zu billigen, daß das Geld, welches hier einkommen soll, anstatt auf das Heer verwendet zu werden, an die westlichen Provinzen, an die Schlesier zurückgegeben werde. Es ist bereits dargethan, welche Tragweite den Ordonnanzen vom 27. Oktober 1810 und dem Edikt vom 24. Februar beizumessen sei, ich glaube, es sind durchaus nicht gewichtigere Gründe zur Entlastung von 4 Provinzen zu entnehmen, als aus den Konzessiones von Friedrich d. Gr. Der Begriff von Bevorzugungen, von denen Art. 101 Verf. Urk. spricht, ist vieldeutig. **Heute** wird im Namen der Gerechtigkeit eine Steuer von 8 Proz. vom Reintrage des Grundbesitzes gefordert, **morgen** könnte man im Namen der Gerechtigkeit ebenso eine Steuer von so und so viel **von jedem Morgen Landes** verlangen. Und was speziell das Alinea 1 Art. 101 Verf. Urk. betrifft, so kann man das doch nicht eine Bevorzugung nennen, wenn dem einen etwas erlassen und dem andern auferlegt wird, und gerade mit Rücksicht auf diesen Artikel 101 empfiehlt sich die Verwerfung der Vorlagen.

Abg. v. **Vincke** (Ohlau): Es ist eine eigenthümliche Erscheinung, daß grade diejenigen, die sich sonst immer so gern auf historischen Boden stellen, in dieser Frage einen so rationellen Standpunkt einnehmen. Die Geschichte zeigt, daß die Grundsteuer immer als Steuer betrachtet worden ist. Und dann, kann man es leugnen, daß die Güter in den zwanziger Jahren so billig im Preise waren, daß die Gutsbesitzer sehr viel Geld bei ihrem Ankauf gewonnen haben und jetzt gar wohl die neue Steuer bezahlen können? Der Werth der Güter ist allerdings von Konjunkturen abhängig, auch vom Angebot im Verhältniß zur Nachfrage. Und auch das ist richtig, daß der Gutsbesitzer heute gewinnt und nächstes Jahr in Folge von unglücklichen Ereignissen zusetzen muß, das ist aber in allen Lebens- und Erwerbsverhältnissen so. Als allein maaßgebend gilt der Satz: „Die Lasten des Staates müssen mit gleichen Schultern getragen werden." Der muß zur Ausführung kommen, will man nicht Unfrieden und Zwietracht säen und unterhalten. — Abg. v. **Blankenburg** erklärt nur die gegen ihn und seine Freunde gerichteten Angriffe widerlegen zu wollen. (Wir bedauern, dem geistreichen, zuweilen witzigen Redner nicht ganz folgen zu können; die schlagendsten Worte sind, vom Gelächter beherrscht, auf der so ungünstig gelegenen Tribüne, die wohl an dem jetzigen Platze bleiben soll, bis das neue Haus erbaut sein wird, unverständlich geblieben.) Das Sprüchwort: Ein magerer Vergleich ist besser als ein fetter Prozeß, mag ganz wahr sein, und wir haben uns allerdings mit der Frage beschäftigen müssen, ob es nicht gut wäre, die uns angebotene Entschädigung anzunehmen. Man hat auch an unsern Patriotismus appellirt, aber wenns zum Zahlenfeststellen kömmt, so stellen sich die Zahlen anders, als man denkt. Der Finanzminister hat gestern eine Berechnung aufgestellt, wonach bei der Ausführung der Maaßregel dem Staate eine Million Thaler zufließen werden. Das verhält sich aber doch anders. Einstmals soll dem Staate diese Einnahme erwachsen, aber es handelt sich ja darum, jetzt gleich Mittel und Wege für die Militärfrage zu beschaffen. Ich protestire zuvörderst gegen jeglichen Appell an meinen Patriotismus; ich stimme jetzt gerade gegen die Vorlagen, damit nicht in der Zwischenzeit bis zur vollständigen Durchführung der Gesetze die in Aussicht genommenen 608,000 Thlr. ausgegeben werden können. Man hat gesagt, daß Preußen nur durch Heereseinheit und Steuereinheit wachsen können, und daß sich der westliche Nachbar sehr über die Ungleichheit in der Vertheilung der Lasten freue. Der westliche Nachbar freut sich über ganz andere Dinge, als über die Steuerungleichheit. Er freut sich darüber, daß es den politischen Parteien in Preußen gelungen ist, die Unterthanen gegen die Fürsten aufzulehnen (Oho! Oho!), daß es ihnen gelungen ist, den Zwiespalt zwischen Fürsten zu unterhalten, der Mißgunst und Zwietracht zwischen den deutschen Stämmen Thür und Thor zu öffnen. Darüber wird sich der westliche Nachbar mehr freuen, als über die Erhöhung der Grundsteuer. (Abg. v. **Vincke**: „Sehr richtig!" Gelächter.) Woher kömmt es denn, daß wir aus den Provinzen Schlesien und Sachsen niemals einen Schrei von Ueberbürdung gehört haben, obgleich doch die Grundsteuer in Schlesien bis auf 50 Proz. des Reinertrages geht? Man meint doch nicht etwa, daß dieser Schrei unterdrückt worden ist, weil man überzeugt war, daß man nicht auf ihn hören würde? Alle Reklamationen sind bis jetzt aus den Rheinprovinzen gekommen. Man hat uns aufgefordert, die uns dargebotene Hand zur Verständigung anzunehmen. Wir können es auf solchem Wege nicht, und ich erinnere hierbei an den Ausspruch Proudhon's: „Den Ackerbau mit einer Grundsteuer belasten, ist gerade so viel, als einer Amme das Fasten auferlegen, beides hat das Abnehmen des Säuglings zur Folge." Der Redner geht dann auf die Ergebnisse der Grundsteuerablösung in England über, kömmt auf Rhamses, König von Egypten, zu sprechen und entschuldigt den sehr verzeihlichen Irrthum, in dem man sich befunden, daß im preußischen Staate die Grundsteuer niemals erhöht werden würde rc. Die Regierung spricht sich in den Motiven in einer Weise aus, die ich für eine Drohung halte. Ist dies eine Drohung aus Schwäche oder eine Drohung aus Stärke? Aus Schwäche, das wäre bedauerlich; aus Stärke, das könnte nur in einer Oktroyirung der Steuer bestehen. Wir haben, so glaube ich, eher ein Uebermaaß von Cäsarismus zu erwarten und nicht die Zeit eines Uebermaaßes der Freiheit. Fühlt sich die Regierung so stark, daß sie eine neue Steuer oktroyiren kann, so hoffe ich, daß die Abgeordneten dann nichts weiter zu thun haben werden, als mit dem Kopfe zu nicken, sonst wäre es besser, man unterließe den Bau des neuen Parlamentshauses. (**Energische Zeichen des Unwillens** im Hause, welchen der **Finanzminister** mit erhöhter Stimme und **öfteren Beifallsrufen** in folgenden Worten Ausdruck giebt):

Die Regierung will nicht drohen, sie will warnen, und sie hätte nicht erwartet, daß in diesem Hause sich Jemand finden würde, welcher die Regierung fähig hielte, ein Gesetz zu oktroyiren. Gegen einen solchen Verdacht muß die Regierung auf das Entschiedenste Verwahrung einlegen. Allerdings hält es die Regierung für möglich, daß die Gewalt der Umstände dahin führen können, den milden und sanften Weg, wie er jetzt vorgeschlagen, verlassen zu müssen und zu rauhen und unabweislichen Mitteln zu greifen, wer auch immer dann auf der Ministerbank sitzen mag. Hat man denn schon so ganz die Vergangenheit vergessen? Will man es heute ignoriren, daß 1848 eine große Anzahl von Rittergutsbesitzern sich in zahlreichen Petitionen an die Regierung wandten und nichts Dringenderes zu thun hatten, als zu bitten, daß ihnen gestattet würde, sich selbst zu der Grundsteuer einzuschätzen? Diese hochherzigen Patrioten fühlten wohl, daß sie, wollten sie die ihnen im Vaterlande gebührende Stellung behaupten, den ihnen angewiesenen Platz ganz ausfüllen, die bisherige Position aufgeben mußten, daß die mit dieser Position in Verbindung stehende Wahrung von Privatinteressen ein schweres Mißtrauen hervorrief, daß sie den Stein des Anstoßes erst aus dem Wege räumen mußten, um besser und gewichtiger für die Sache des Vaterlandes wirken zu können. Ist es denn schon ganz aus dem Gedächtniß geschwunden, daß in den damaligen beiden Kammern zahlreiche Mitglieder, welche hauptsächlich dem Grundbesitze angehörten, den dringenden Antrag stellten, die Regierung möge je eher je lieber mit der Regelung der Grundsteuerfrage vorgehen und wo möglich selbst ein **provisorisches** Gesetz erlassen? (Hört!) Und doch war zu jener Zeit schon die Ruhe wieder zurückgekehrt. Und was den Wunsch des Herrn v. Blankenburg betrifft, daß, wenn nach Art. 101 Verf. Urk. die Grundsteuer als Einnahmequelle betrachtet werden solle, dann auch die Gewerbesteuer anderweit zu reguliren sein werde, so kann sich der Herr v. Blankenburg der freudigen Hoffnung hingeben, daß er sich damit vielleicht schon in dieser Session zu beschäftigen haben werde. Es ist nicht begründet, daß so viel Geschrei in den westlichen Provinzen wegen Ueberbürdungen erhoben werde, wenigstens ist aus den Akten der Regierung von solchem Nothschrei nichts zu ersehen, dagegen sind sie voll von Klagen aus den Provinzen Schlesien und Sachsen. (Hört!) Auch die von Hrn. v. Blankenburg angeführten Zahlen in Betreff Englands sind nicht richtig. Nicht 19 Millionen, sondern 80,000 Pfund sind bis 1840 abgelöst worden und seit 1844 steht diese Ablösung ganz still. Es ist hingegen allerdings richtig, daß der Erfolg der neuen Steuern von Anfang an ein geringer ist, da aber nach Ausführung der ganzen Operation die Einnahme eine bedeutende zu werden verspricht, so kann man sich in der Zwischenzeit schon mit anderen Mitteln helfen, wenn man nur weiß, daß man später Geld haben wird. Was endlich den westlichen Nachbar betrifft, so wird er große Ursache haben, sich zu freuen, wenn sich die jetzigen Zustände der Unzufriedenheit über die Steuerungleichheiten früher oder später in unsanfter Form geltend machten, er wird aber keine Ursache haben, sich zu freuen, wenn der Fortschritt auf allen Gebieten auf friedlichem Wege erfolgt. (Anhaltendes Bravo!)

Abg. v. **Berg**: Die Zuckerfabrikanten haben bei Erhöhung der Steuern, die Eisenfabrikanten bei Aufrechthaltung des Schutzzolles geschrieen, sie gehen ihrem sicheren Ruin entgegen — nun, ich wünsche einen **solchen** Ruin den Grundbesitzern von ganzem Herzen. Es ist gewiß eine auffallende Erscheinung, daß, als zum ersten Male das allgemeine Repräsentativsystem im Vaterlande zur Ausführung gebracht werden sollte, sich in den Listen so wenige von den Namen vorfanden, von denen man eigentlich hätte voraussetzen dürfen, daß sie ganz vorzügliche Vertreter des Landes hätten sein sollen, von denen, die den Ruhm des Vaterlandes seit Jahrhunderten in ihren Familien als Devise gehabt, die mit Glanz, mit Wunden und Blut bedeckt aus den Kämpfen für die Freiheit des Vaterlandes zurückgekehrt waren. Woher kam dies? Weil sie an ihren Privilegien festhielten, weil das Volk Mißtrauen gegen sie hatte, weil man Bedenken trug, die Wahrnehmung allgemeinen Interesses denjenigen anzuvertrauen, bei welchen die Wahrung der Spezialinteressen ein zu wichtiges Moment abgab? Wollen Sie einen ferneren Beweis hierfür? Unter dem vorigen Ministerium war ein Uebermaaß von Freiheit nicht geduldet und dennoch befanden sich diejenigen, welche mit ihm nicht übereinstimmten, in einer nur unbedeutenden Minorität. Ich wünschte, daß sich die Stützen des alten Familienglanzes, alte Traditionen, die mit der Geschichte des Vaterlandes so eng verknüpft sind, **nicht** in der Minorität befinden möchten, aber der von dem Hrn. v. Blankenburg und seinen Genossen eingeschlagene Weg führt nicht dazu. Der Adel, da, wo er seinen Widerstand aufgegeben, steht jetzt an der Spitze des Volkes, weil er die hohe Weisheit gehabt hat, die nothwendigen Verbesserungen selbst vorzuschlagen. Sie haben zehn Jahre lang hierzu Zeit gehabt, sie haben es nicht gethan und sind heute in der Minorität gezwungen, zu prophezeien. Wer aber prophezeit, droht. Worauf gründen sich denn die Privilegien? Auf Gegenleistungen. Wo sind denn diese Gegenleistungen? Es ist keine Regierung denkbar, welche bei der Vertheilung von Belohnungen die Absicht haben könnte, die Quellen des Staatseinkommens für alle Zukunft zu verpfänden. Welches sind denn die politischen Gründe, auf welche sich die Grundsteuerbefreiung stützt? Wenn man den übernommenen Landestheilen die Versicherung gäbe, daß sie nie mehr mit Steuern belastet werden würden, so wäre dies ein guter Weg zur Eroberung und Sie sollten sehen, wie sich die Leute danach sehnen würden, Preußen zu werden; ist aber der Grundbesitz wirklich in bedrängter Lage, so ist es Zeit, die ganze wirthschaftliche Gesetzgebung zu ändern. Wie ist er denn in so bedrängte Lage gekommen? Zu Anfang dieses Jahrhunderts entfalteten die deutschen Familien, wahrscheinlich aus Nachahmungssucht, einen so verschwenderischen Luxus, daß sie mit ihren Mitteln nicht lange auskommen konnten. Das wird jetzt anders, nachdem der hohe Adel bereits seit langer Zeit angefangen hat, zu den patriarchalischen Sitten und zur Sparsamkeit zurückzukehren. Und auf Wen fallen denn die Vorwürfe des jetzigen Unheils? Sie haben die westlichen Provinzen mit Deutschland vereinigt, das erkennen wir an und sind dafür dankbar. Wer anders, als die Fürsten aus dem Hause Lothringen, ist an dem Verluste des Elsasses und Lothringens schuld? Und was die anderen Verluste zu Ende des vorigen und im Anfang dieses Jahrhunderts betrifft, so klagt man Preußen an und sagt, seitdem das hellglänzende Licht Friedrichs II. erloschen, trat an die Stelle des vaterländischen Patriotismus ein engerer, sich mit Preußen begnügender Patriotismus. Die Väter, klagte man, haben sich vom deutschen Reiche losgesagt und haben dann selbst alle Lasten des Krieges zu tragen gehabt, weil sie die Grenzen nicht bewahrt hatten. Jede Schuld bezahlt sich in dieser Welt. Dann kam die Politik der Reue; ja damals hatte man kein Vertrauen zu Preußen. Wollen Sie den Geist wieder heraufbeschwören, der 1804 und 1805 das Land durchzog? Es giebt ein Sprüchwort: „Die Steuern sind die unangenehmsten, die man selbst bezahlt." Das ist ein sehr wohlfeiler Patriotismus, den man auf Kosten Anderer zur Schau tragen kann. Die Erfahrung, sagt uns die Regierung, lehrt, daß die Verfassung der preußischen Wehrkraft den jetzigen Anforderungen nicht mehr genügt. Das scheint mir Grund genug, diesen Vorlagen zuzustimmen. Der Finanzminister hat nur **Aussichten** auf Einnahme den großen Ausgaben gegenüberzustellen. Damit aber diese Aussichten nicht ganz in der Luft schweben, hat er heute zum ersten Male die Aussicht auf eine Gewerbesteuer eröffnet. Mag man sich dessen aber für versichert halten, daß der Nothwendigkeit die Unmöglichkeit gegenübersteht und daß die Industrie nicht noch mehr belastet werden kann. Die Grundbesitzer am Rhein, welche alle öffentlichen Bauten meist aus der Grundsteuer bestreiten, haben auch nicht große Lust, für Andere zu bezahlen, aber sie sehen die Nothwendigkeit zu solchen Bauten ein. Was der Abg. v. Blankenburg in Betreff seiner Kommittenten sagt, leuchtet mir nicht ein. Ich habe von meinen Wählern gar keine Instruktionen angenommen; ich habe ihnen gesagt, daß ihnen mein Charakter Bürgschaft genug sein müsse, und so werde ich denn, frei von allem Zwang, nach Pflicht und Gewissen und für die Vorlagen stimmen. (Bravo!) — Der Finanzminister beruhigt den Vorredner darüber, daß die Regierung mit dem Gewerbesteuergesetz dem Lande neue Lasten aufbürden werde; dasselbe werde nur zur Regelung des Art. 101 Verf. Urk. erlassen werden, und nur den Zweck haben, einige angemessene Erhöhungen eintreten zu lassen, daneben würden auch Ermäßigungen eintreten; allerdings würde eine Mehreinnahme erzielt werden, indessen dürfte dieselbe doch sehr geringfügig ausfallen. — Abg. **Liebelt** beginnt unter allgemeiner Unruhe des Hauses (ein Theil der Rechten zieht sich in die anstoßenden Säle zurück, und trotz der wiederholten Mahnrufe zur Ruhe Seitens des Präsidenten ist es nicht möglich, andere als unzusammenhängende Worte zu verstehen); der Redner meint, das Steuergesetz dürfe die Steuerpflichtigen nicht in die Lage versetzen, wegen Ueberbürdung die Steuern nicht zahlen zu können; der Redner, so scheint es, hält eine höhere Einkommensteuer für angemessener, als eine Steuer auf den jährlichen Reinertrag der Grundstücke, die sich gar nicht normiren lasse; der Redner scheint auch von dem Verschuldetsein der Güter zu sprechen rc.

Der Abg. **Harkort** nimmt Veranlassung, noch einmal seinen Standpunkt zu erklären. Er habe für denselben seit zehn Jahren gesprochen: Aufstellung des Katasters und Grundsteuer ohne Entschädigung. — Abg. v. **Bonin** (?) (Stolp): Ich will zur Sache selbst nichts sagen, könnte auch kaum etwas Neues vorbringen, aber ich will einen Vorwurf widerlegen, den Vorwurf der interessirten und selbstsüchtigen Beurtheilung der Frage. Man sagt uns immer von der andern Seite des Hauses, vom Ministertisch, überall her: Nehmt in der elften Stunde an, was Euch heute noch wohlwollend geboten wird, denn Ihr könnt nicht wissen, was morgen geschehen muß. Nun bin ich davon tief durchdrungen, daß mir das materielle Interesse fern liegt und meine Abstimmung wird dies beweisen. Denn, wenn wir den Vortheil suchten, so hätten wir die Vorlage anzunehmen, nichtsdestoweniger aber werden wir gegen die Vorlage stimmen müssen. Ich möchte es gern vermeiden, weil ich weiß, daß die Grundsteuerfrage ein Mittel ist, gegen den Stand und die Privilegien überhaupt aufzureizen, aber dennoch und mit vollem Bewußtsein spreche ich es aus, daß wir die Vorlage verwerfen müssen. — Abg. **Reichensperger** (Köln) wollte in dieser Debatte nicht das Wort ergreifen, aber er möchte es zunächst rechtfertigen, daß er in der Kommission für eine Vorlage eingetreten, welche den Provinzen, die er in erster Linie vertrete, so große Opfer auferlege; dann aber möchte er sich auch gegen die Aeußerungen einiger Vorredner (von der Linken) wenden: „Seit zehn Jahren hören Sie Thatsachen und Wahrheiten, die aber immer wie in ein Sieb fielen und wie Wasser hindurchliefen; denken Sie daran, daß eine Zeit kommen könnte, wo das Wasser gefriert und nicht mehr durch Ihr Sieb laufen wird." Er beleuchtet darauf die Rechtsfrage, die unwiderlegbar für die Berechtigung der Aufhebung der Steuerbefreiungen spreche: „Ist das wahr oder nicht wahr? Wollen Sie das allgemeine Landrecht ignoriren? Das Recht, Steuern zu fordern, ist ein Majestätsrecht, dem sich keine Stände entziehen konnten, aber allerdings haben diejenigen Stände, welche die stärkste Widerstandskraft besitzen, die wenigsten Steuern bewilligt. Aber wenn jetzt noch die Rittertage existirten und der Souverän oder die Regierung machte geltend: Seht, es sind neue große Bedürfnisse da, von denen auch Ihr Euer Theil tragen müßt. Könnten sich die Rittertage dem widersetzen? Gemeinschaftliche Lasten sind leichter zu tragen, auf dem breiten Rücken der Gesammtheit können sie nicht so wuchtig drücken, und überdies, wie viel man tragen kann, zeigt sich daraus, daß Rheinland und Westfalen nicht erdrückt sind." Der Redner setzt noch des Breitern das Steuerforderungsrecht auseinander, das der Staat in Anspruch nehmen müsse; er widerlegt die Klagen, daß die Grundsteuer ausschließlich den ersten Besitzer treffen werde, und daß die Güter im Preise zurückgehen würden. Er verliest das Edikt vom 31. Oktober 1815, durch welche es König Friedrich Wilhelm III. gegenüber den damals schon lauten und harten Klagen es als sein Recht und seine Pflicht hingestellt habe, in der Grundsteuer nach seinem höchsten Ermessen zu verfahren, da dieselbe nur als ein neuer Beitrag zu den Wirthschaftskosten des Staats anzusehen, und die Betroffenen nicht mit Ruin bedrohe, sondern nur die gerechte Stellung jedes Einzelnen im Auge habe. Desgleichen wird es in einem andern Edikt von 1818 klar und deutlich ausgesprochen, daß der König die Konzessionen seiner Altvordern nur als eine administrative Maaßregel, d. h. als eine solche, die den damaligen Bedürfnissen angepaßt wäre, betrachten könne. Schließlich wendet sich der Redner noch speziell gegen Hrn. v. Blankenburg. Diese Fraktion hätte eigentlich nichts gegen die Besteuerung des städtischen Grund und Bodens einzuwenden, aber ihre Zärtlichkeit für die Städte entspringe nur aus dem Zusammenhange, in dem die Besteuerung des städtischen Grundes mit der der ländlichen Liegenschaften nothwendig stehen müsse. Endlich kommt er noch auf den Zuschlag von 25 Prozent zur Schlacht- und Mahlsteuer zu sprechen, gegen den diese Herren sich nicht widersetzen würden, aber gerade dieser Zuschlag wäre gegen den vermeintlichen Aderlaß, den die Gutsbesitzer fürchten zu müssen glaubten, ein direkter Aderlaß bis in die tiefsten Klassen hinein. (Bravo.) Graf **Renard** spricht in Bezug auf die Stellung der oberschlesischen Kolonisten, welche in Folge der Servitut-Ablösungen Forstländereien erhielten und nur auf das Kümmerlichste damit auskommen könnten. Der **Finanz-Minister** entgegnet darauf und noch andere Redner sprechen in dieser Episode der großen Frage. Der **Präsident** zeigt demnächst an, daß die Rednerliste erschöpft ist. Es folgen nun persönliche Bemerkungen. Der Abg. v. **Wedell** (Nordhausen) giebt noch einige Nachträge zu seinen gestrigen statistischen Daten. Der Abg. v. **Blankenburg** bemerkt, daß der Finanzminister v. Patow die Zahlen, welche er in seiner Rede über die Ablösungssummen in England mitgetheilt, falsch verstanden habe. Nun ergreift Dr. **Riedel** als Berichterstatter das Wort, um die Debatte zu resumiren und zu beleuchten. Der Abgeordnete für Preuß. Holland habe den Grundsatz aufgestellt, die Grundsteuer sei eine Rente, und derselbe habe dafür einmal eine große Autorität und dann die tausendjährige Erfahrung angeführt. Die große Autorität sei kein Anderer als Hr. v. Bülow-Cummerow, von dem man weiß, was er für staatsrechtliche Fragen zu bedeuten habe, mit dem andern Grunde sei es nicht besser bestellt. Die Abgeordneten für Greifenhagen und Naugard hätten es feiner angefangen, sie hätten nur von einer Steuer gesprochen, welche die Natur einer Rente habe. Nun sei es aber wirklich zu beklagen, daß keiner dieser Herren Veranlassung genommen, auseinanderzusetzen, was denn eigentlich Rentennatur ist. Bei der Rente sei es das Hauptmoment, daß dabei ein Vertrag konstituirt wird, und daß sie nur durch Vertrag zu ändern ist. Wenn man dies in seiner Konsequenz erfaßt, so wäre es ersichtlich, daß die Rententheorie sogar ein staatsgefährliches Moment in sich trüge; sie entspricht dem schwärzesten Junkerthum. Die Rittergutsbesitzer sich paktirend, sich gewissermaßen als Souverän gegenüber dem Landesherrn zu denken, das sei eine Beleidigung und Beschädigung derjenigen Hoheitsrechte, die dem Staate gehören. Der Redner erinnert an das preußische Fürstenwort: Die Junkers wollen mir meine Autorität ruiniren, ich aber werde widerstehen wie ein rocher de bronce. Er widerlegt dann auch seinerseits den Satz, daß nicht die Sache, sondern nur die Person besteuert werden könne mit der Ausführung, daß dann auch die Sache keineswegs mit Rechten behaftet sein könne und stellt schließlich, nachdem er auch die anderen Punkte der Debatte resumirt hat, den Antrag, daß die Spezialdiskussion mit §. 3 des Entwurfs Nr. I. beginnen und bis §. 11 fortgesetzt, dann auf die Entwürfe Nr. 2, 3 und 4 übergehen und daß bis dahin die Berathung und Beschlußfassung über §. 1 und 2 des Entwurfs Nr. I ausgesetzt werden möge. Dem Antrag wird nicht widersprochen. Nächste Sitzung Montag, den 20. d.

PB.

— [**Antrag**.] Abg. v. **Liszkowski** beantragt folgendes Zusatz-Amendement zu §. 3 des Gesetzes 1, die anderweitige Regulirung der Grundsteuer betreffend: „Das hohe Haus wolle beschließen, ad Alinea 2 des §. 3 folgenden Zusatz zu machen: „Den Grundstücken derjenigen Landestheile, welche bei Erlaß der den Westpreußischen Ständen ertheilten Assekuranz-Urkunde vom 12. Mai 1787 die damalige Provinz Westpreußen gebildet haben, wird für die durch dies Gesetz bewirkte Erhöhung der Grundsteuer auf Grund der gedachten Assekuranz-Urkunde eine entsprechende Entschädigung vorbehalten."

— [**Petitionen**.] Die Kommission für das Justizwesen hat wieder über 14 Petitionen Bericht erstattet. Wir erwähnen davon die beiden folgenden: 1) **Magistrat und Stadtverordnete von Chodziesen** stellen beim Hause der Abgeordneten den Antrag, dahin zu wirken, daß sie von der unentgeltlichen Hergabe der Gerichts-Lokalien entbunden werden und daß der Justizfiskus sich verpflichte, ihnen eine jährliche Miethe von 80 Thlrn. zu zahlen.

(Fortsetzung in der Beilage.)

Die Kommission kann jedoch beide Theile des Antrags als begründet nicht erachten und beantragt, über die Petition zur Tagesordnung zu gehen. — 2) Der gerichtlich bestätigte Konzipient Lipschütz in Neustadt b. Pinne petitionirt unter dem 1. Februar 1860 bei dem hohen Hause der Abgeordneten: „daß dasselbe die königliche Regierung veranlassen wolle, eine Gebührentaxe für die zur Fertigung von gerichtlichen und außergerichtlichen Schriftsätzen konzessionirten Konzipienten einzuführen, und zu bestimmen, daß derartige Gebühren in gerichtlichen Angelegenheiten von der Gegenpartei erstattet werden müssen. Die Kommission empfiehlt Uebergang zur Tagesordnung.

Lokales und Provinzielles.

Posen, 20. Jan. [Die Preise der vier Hauptgetreidearten und der Kartoffeln] in den für die preußische Monarchie bedeutendsten Marktstädten im Monat Januar werden nach einem monatlichen Durchschnitte in preuß. Sgr. und Scheffeln vom statistischen Bureau für folgende Städte der Provinz Posen nachstehend angegeben:

Namen der Städte.	Weizen.	Roggen.	Gerste.	Hafer.	Kartoffeln.
1) Posen	65 8/12	49 10/12	47 1/12	24 4/12	13 6/12
2) Bromberg	69 4/12	50 6/12	36 10/12	25 9/12	14 10/12
3) Krotoschin	63 11/12	48	42 6/12	25	13 6/12
4) Fraustadt	73	53 6/12	45 4/12	25 9/12	15 8/12
5) Gnesen	67 11/12	47 4/12	—	25 10/12	11 6/12
6) Rawicz	63 7/12	50 11/12	42 9/12	25 7/12	14 1/12
7) Lissa	75	53 9/12	46 3/12	26 3/12	15
8) Kempen	60	47 1/12	40	25 6/12	10 7/12
Durchschnittspreise der 13 preußischen Städte	71 5/12	45 8/12	38 11/12	24 1/12	14 7/12
" 8 posenschen "	67 4/12	50 1/12	43	25 6/12	13 7/12
" 5 brandenb. "	76 9/12	55 5/12	45 4/12	31	16 8/12
" 5 pommersch. "	80 5/12	55 5/12	42 2/12	30 2/12	15 7/12
" 13 schlesischen "	64 8/12	48 7/12	38 10/12	25 11/12	14 8/12
" 8 sächsischen "	73 4/12	62 11/12	50 4/12	30 6/12	19 7/12
" 14 westfäl. "	82 11/12	71 6/12	54 4/12	34	26
" 16 rheinisch. "	85 4/12	66 3/12	52 3/12	31 3/12	25 8/12

Neustadt b. P., 18. Febr. [Einführung; Todesfall.] Am 14. d. fand in Pinne die feierliche Einführung des neuen Probstes Walenski statt. Da gleichzeitig Ablaß war, so hatten sich eine ungeheure Menschenmasse von nah und fern eingefunden. Um 10 Uhr wurde der Probst unter Geläute mit Gesängen und Musik, von 27 Geistlichen begleitet, und unter einem kostbaren Baldachin vom Dekan Sibilski aus Scharfenort und dem Patron der Kirche, Baron v. Massenbach, Besitzer von Pinne, geführt, zur Kirche geleitet. Dekan S. hielt eine Ansprache, worauf der neue Probst den Eid leistete und das Hochamt zelebrirte. Probst Gieburowski aus Brody hielt die Festpredigt. Die Kirche war gedrängt voll. — Der frühere hiesige evangelische Prediger Held, welcher als solcher auf eine Kolonie in Brasilien berufen worden und im Juni v. J. sich dorthin begeben hatte, ist daselbst, brieflichen Nachrichten zufolge, in Folge des ihm ungünstigen Klimas gestorben.

Angekommene Fremde.

Vom 19. Februar.

SCHWARZER ADLER. Lehrer Ruszczyński aus Krotoschin, Partikulier v. Dobrzycki aus Samter, Gutspächter Wendland aus Zajezierze und Gutsb. Wągrowiecki aus Szczytnik.

HOTEL DU NORD. Die Rittergutsbesitzer v. Żółtowski aus Niechanowo, v. Pomorski aus Grabianowo und v. Chłapowski aus Rothdorf, Oberförster und Generalbevollmächtigter v. Trąpczyński aus Santomysl, Frl. Persoz aus Rudki und Geistlicher Faa aus London.

BAZAR. Die Gutsb. Graf Mycielski aus Chociszewice und v. Stablewski aus Zalesie.

HOTEL DE PARIS. Frau Gutsb. v. Czajkowska aus Czerlin, die Gutsb. v. Jackowski aus Pomarzanowice, Budzyński aus Kleryka, Lichtwald aus Bednary und Akoliński aus Paczkowo, Bürger v. Błociszewski aus Zmiołki, Partikulier v. Polaski aus Solencin und Kaufmann Reimann aus Blesen.

HOTEL DE BERLIN. Die Gutspächter Nawrocki aus Pierwoszewo und Miżgalski aus Kröben, Baumeister Perzyński aus Wreschen, Gutsb. Jouanne aus Lussowo, Bauunternehmer Wolff aus Moschin, Fräulein Łukasiewicz aus Wreschen, die Kaufleute Schirmer aus Berlin, Witkowski aus Gnesen, Lewy aus Wongrowitz und Rothe aus Birnbaum.

BUDWIG'S HOTEL. Die Kaufleute Weyl aus Lissa, Baron aus Grätz, Hoffbauer aus Neutomysl und Goldbaum aus Żerkow, Mühlenbesitzer Müller aus Neustadt b. P. und Bürgermeister Noack aus Obrzycko.

DREI LILIEN. Bevollmächtigter Gabryjelski und Dr. med. Tomaszkiewicz aus Studziniec.

Vom 20. Februar.

MYLIUS' HOTEL DE DRESDE. Oberförster Prall aus Obrzycko, Frl. Hübeneth aus Breslau, Gutsb. Palm aus Otusz, Rentier Russak und die Kaufleute Liedke und Tradelius aus Berlin, Hurd aus Paris, Lederle aus Deedesheim, Rosenthal aus Hamburg, Groskurth aus Alttagen, Bendix aus Landsberg und Hirschel aus Leipzig.

STERN'S HOTEL DE L'EUROPE. Rittergutsb. v. Potworowski aus Gola, Frau Rittergutsb. v. Sulimirska aus Gozdowo, Gutspächter Jurkiewicz aus Ostrowite und Inspektor Schindowski aus Karlowitz.

BUSCH'S HOTEL DE ROME. Rittergutsb. v. Radoński aus Mechlin, Fabrikant Cohn aus Sorau, die Kaufleute Brand aus Potsdam, Schmiegler aus Rawicz, Heintke und Krepke aus Berlin, Meisel aus Stettin, Pommet aus Glogau, Mündler und Wolff aus Luxemburg.

HOTEL DU NORD. Die Rittergutsb. Graf Czapski aus Bukowiec, Graf Miączyński aus Pawłowo, v. Gąsiorowski aus Bythin, v. Zakrzewski aus Cichowo, v. Biegański aus Cykowo, v. Niegolewski aus Niegolewo und v. Skarzyński aus Sokołowo, Frl. Szołdrzyńska und Frau de Combiere aus Lubasz, Bevollmächtigter Mackowski aus Smogulec, Oberförster Zoch aus Theerkayte, Kreis-Sekretär Gensichen aus Kosten und Bürgermeister Neugebauer aus Wielichowo.

OEHMIG'S HOTEL DE FRANCE. Frau Rittergutsbesitzer Gräfin Skórzewska aus Lubostroń, die Rittergutsb. Gebrüder Bodkowski aus Ławice, Frau Holzhändler Falkenberg aus Küstrin, Gestüts-Inspektor Rodloff aus Zirke, Gutsb. v. Waligórski aus Rostworowo, die Kaufleute Łasiński aus Bromberg, Rasin und Schreiber aus Berlin.

SCHWARZER ADLER. Bürgermeister Gabert aus Buk, Schönfärber Mocke aus Wirsitz und Gutsb. Kiesewetter aus Kleszczewo.

HOTEL DE PARIS. Probst Hejliński aus Wilczyn, die Gutsb. v. Baranowski aus Gwiazdowo, Kadow und Bukowski aus Ruchocinek, Frau Gutsbesitzer v. Bojanowska aus Rogaczewo, Partikulier Bobowski aus Kosten, die Gutsverwalter Nędzewicz aus Recz, Echaust aus Bobrownik und Biliński aus Modrze.

BUDWIG'S HOTEL. Die Gutsb. Heusler aus Bojanice und Krüger aus Kosten, Eigenthümer Wiwiorowski aus Ołobok, die Kaufleute Brillis aus Landsberg a. W., Baron, Rochocz, Guttmann, Bergas jun., Ephraim und Mayer aus Grätz.

Inserate und Börsen-Nachrichten.

Bekanntmachung.

Die 4proz. **Posener** Pfandbriefe:

Nr. 30/1756 **Grabowo**, Kreis **Wreschen**, über 100 Thlr. nebst Kupons von Johanni 1856 bis Weihnachten 1860,

Nr. 87/4396 **Przytoczna**, Kreis **Birnbaum**, über 25 Thlr. nebst Kupons von Johanni 1856 bis Johanni 1857,

so wie der 3½proz. Posener Pfandbrief:

Nr. 36/1082 **Wargowo**, Kr. **Obornik**, über 20 Thlr. nebst Kupons von Johanni 1856 bis Weihnachten 1858,

sind der Wirthschafterin **Cäcilie Elsner** zu **Zaborowo**, Kreis Bomst, bei dem dort stattgefundenen Brande des herrschaftlichen Wohnhauses in der Nacht vom 31. Oktbr. zum 1. November 1856 angeblich verbrannt.

Der etwaige Inhaber dieser Pfandbriefe wird aufgefordert, sich in dem zur Geltendmachung seiner Ansprüche auf den **6. Juli 1860 Vormittags 11 Uhr** vor dem Herrn Kreisger. Rath **v. Crousaz** im Instruktionszimmer anberaumten Termin zu melden, widrigenfalls er die gänzliche Amortisation der Pfandbriefe zu gewärtigen hat.

Posen, den 10. Dezember 1859.

Königl. Kreisgericht, Abth. für Zivilsachen.

Konkurs-Eröffnung.

Königliches Kreisgericht zu Grätz, Erste Abtheilung,

den 16. Februar 1860 Nachmittags 1 Uhr.

Ueber das Vermögen des Kaufmanns **H. Schlestein** zu **Neutomysl** ist der kaufmännische Konkurs eröffnet und der Tag der Zahlungseinstellung auf den 15. Februar 1860 festgesetzt worden.

Zum einstweiligen Verwalter der Masse ist der Apotheker **Weiß** in **Neutomysl** bestellt.

Die Gläubiger des Gemeinschuldners werden aufgefordert, in dem

auf den 28. Februar 1860 Vormittags 11½ Uhr

in unserem Gerichtslokal, Terminszimmer Nr. 2 vor dem Kommissar, Herrn Kreisrichter **Weiß**, anberaumten Termine ihre Erklärungen und Vorschläge über die Beibehaltung dieses Verwalters oder die Bestellung eines anderen einstweiligen Verwalters abzugeben.

Allen, welche von dem Gemeinschuldner etwas an Geld, Papieren oder anderen Sachen in Besitz oder Gewahrsam haben, oder welche ihm etwas verschulden, wird aufgegeben, nichts an denselben zu verabfolgen oder zu zahlen, vielmehr von dem Besitze der Gegenstände

bis zum 15. März 1860 einschließlich

dem Gericht oder dem Verwalter der Masse Anzeige zu machen und Alles, mit Vorbehalt ihrer etwaigen Rechte ebendahin zur Konkursmasse abzuliefern. Pfandinhaber und andere mit denselben gleichberechtigte Gläubiger des Gemeinschuldners haben von den in ihrem Besitze befindlichen Pfandstücken nur Anzeige zu machen.

Zugleich werden alle Diejenigen, welche an die Masse Ansprüche als Konkursgläubiger machen wollen, hierdurch aufgefordert, ihre Ansprüche, dieselben mögen bereits rechtshängig sein oder nicht, mit dem dafür verlangten Vorrechte

bis zum 15. März 1860 einschließlich

bei uns schriftlich oder zu Protokoll anzumelden und demnächst zur Prüfung der sämmtlichen, innerhalb der gedachten Frist angemeldeten Forderungen, so wie nach Befinden zur Bestellung des definitiven Verwaltungspersonals

auf den 29. März 1860 Vormittags 10 Uhr

in unserem Gerichtslokal, Terminszimmer Nr. 2 vor dem genannten Kommissar zu erscheinen.

Wer seine Anmeldung schriftlich einreicht, hat eine Abschrift derselben und ihrer Anlagen beizufügen.

Jeder Gläubiger, welcher nicht in unserm Amtsbezirk seinen Wohnsitz hat, muß bei der Anmeldung seiner Forderung einen am hiesigen Orte wohnhaften oder zur Praxis bei uns berechtigten auswärtigen Bevollmächtigten bestellen und zu den Akten anzeigen. Denjenigen, welchen es hier an Bekanntschaft fehlt, werden die Rechtsanwalte **Martini**, **Kübler** und **Gromadzinski** zu Sachwaltern vorgeschlagen.

Als muthmaßlich gestohlen sind polizeilich in Beschlag genommen:

sechs ausgearbeitete schöne Fuchsfelle, das eine Fell oder Balg X. X. gezeichnet.

Bei der hiesigen israelitischen Elementarschule ist die dritte Lehrerstelle, mit 180 Thlr. jährlichem Gehalt und freier Wohnung dotirt, vakant und vom 1. April c. ab zu besetzen.

Qualifizirte Schulamtskandidaten werden aufgefordert, sich zu diesem Posten, unter Einreichung der auf ihre Befähigung und Führung bezughabenden Zeugnisse, oder aber persönlich, für den ersteren Fall aber franko, rechtzeitig zu melden, wobei bemerkt wird, daß der Bewerber sich einer Probelektion unterziehen muß; Reisekosten werden nicht vergütet, wohl aber die verfassungsmäßig festgesetzten Umzugskosten für den Fall der Wahlbestätigung zugesichert.

Kempen, den 13. Februar 1860.

Der israelitische Schulvorstand.

Bekanntmachung.

In Folge Auftrages des hiesigen Gerichts werde ich

am 8. März d. J. Vormitags 10 Uhr

in loco **Tomaszew** unweit **Pleschen** 1000 Scheffel Kartoffeln im Wege der öffentlichen Auktion an den Meistbietenden gegen baare Bezahlung verkaufen, wozu Kauflustige eingeladen werden. **Pleschen**, den 16. Februar 1860.

Jahns, Auktionskommissarius.

Ein adeliges Rittergut in der Umgegend von **Ostrowo**, circa 1000 Morgen Weizenboden, gut ausgebaut, mit vollständigem lebenden und todten Inventar, ist unter sehr günstigen Bedingungen zu **verkaufen** oder zu **vertauschen**, gegen ein, wenn auch bedeutend kleineres, aber in der Umgegend von Posen (höchstens 5—6 Meilen) gelegenes Landgut.

Nähere Auskunft ertheilt der Kupferwaaren-Fabrikant Herr **Krysiewicz** in **Posen**, große Gerberstraße Nr. 10.

Nr. 16 St. Martinstraße

ist ein Obst- und Gemüsegarten zu verpachten.

Von einer schweren Krankheit hergestellt bin ich wieder täglich des Morgens bis 10 Uhr und des Nachmittag von 3 Uhr ab zu sprechen. Zur Aufnahme von Handlungen der freiwilligen Gerichtsbarkeit werde ich mich:

den 29. Februar und 1. März in Pinne aufhalten, was ich hierdurch zur Kenntniß des betheiligten Publikums bringe.

Samter, den 14. Januar 1860.

Ahlemann,

Königl. Rechts-Anwalt und Notar.

Wollene, seidene, baumwollene und **alle anderen Stoffe** werden **sauber** und **billigst** in einer auswärtigen renommirten Färberei **gewaschen** und **gefärbt**.

Aufträge nimmt entgegen die Tapisserie-Waarenhandlung von

Eugen Werner,

Friedrichsstraße 29 (vis-à-vis der Lindenstraße).

Bekanntmachung.

In **Schrimm** werden Stroh-, Reis- und Roßhaarhüte zum Waschen und Modernisiren angenommen und aufs Billigste hergestellt bei

Wittwe **Rozewicz.**

Pilegaard's Hôtel.

Den von mir am 1. d. M. käuflich übernommenen Gasthof „zum goldenen Adler" hierselbst, jetzt **„Pilegaard's Hôtel"**, empfehle ich dem geehrten reisenden Publikum zur gütigen Beachtung.

Fraustadt, den 18. Februar 1860.

Herrmann Pilegaard,

Hotelbesitzer.

In der „Posener Zeitung" bemühen sich auswärtige Kupferschmiedemeister ihre Spiritus-Brenn-Apparate den Herren Gutsbesitzern dahin zu empfehlen, daß diese im Durchschnitt 85 Prozent Alkohol liefern. Darauf hin erlaube ich mir die Herren Gutsbesitzer aufmerksam zu machen, daß ich mich bei Anfertigung von neuen Apparaten stets dahin kontraktlich verpflichte, daß dieselben einen Alkohol von 87 Prozent nach Tralles durchschnittlich liefern müssen, was ich auch gegenwärtig durch Atteste beweisen kann.

J. Krysiewicz,

große Gerberstraße Nr. 10, neben Hotel zum „Schwarzen Adler."

Ad vocem:

Melioration des Düngers

wird es auch für die Herren Landwirthe, welche nicht am Staar leiden, immer mehr zum unabweislichen Bedürfniß: — nicht **nur auf**, sondern: auch **zwischen** den Zeilen lesen zu lernen, um sich vor **baaren plagiatorischen Täuschungen** zu hüten. — Daß ihnen aber auch dies kein industrieritterlicher **Fechter von — Kameran oder Posemuckel**, noch **ein** moderner **„Lehrer"** (der Moral?? — sic!) lehren wird, lehren **kann**, liegt auf der Hand. — Ergo: **„sperr' Oculos, sperr' Nares auf!"** sagte schon meine brave Großmutter. — Ihr aber: **„schüttet das Kind nicht mit dem Bade aus!"** dadurch: daß Ihr dem redlichen Entdecker und seiner gemeinnützigen Melioration — nach der beliebten Usance — entgelten laßt, oder ihn gar für das verantwortlich macht — was dieser oder jener ignorante landläufige Rezeptenkrämer mit seinem abgedroschenen Plunder — **und wenn er damit auch „offiziös" erschiene** — an Euch verbrochen! — Und sonach habe ich denn nur noch zu bemerken: daß ich, nach wie vor, unter **Zusicherung ehrenhafter Geheimhaltung**, resp. unter Vorbehalt meiner Eigenthumsrechte — **die ausführlich erklärende Darlegung und Anleitung** zur quäst. Melioration, d. i. **gleichzeitige Kräftigung und 2- bis 5fache Vermehrung des Stalldüngers**, gegen Frankoeinsendung eines Honorars von **zwei Frd'or. für größere und Mittelgüter**, und eben so an **kleine, unbemittelte Wirthschaften jeder Art** gegen **einen Frd'or. (5⅔ Thaler)** das **bloße instruktive Rezept** dazu — **ohne Weiteres** — umgehend rekommandirt franko versende.

Berlin, Potsdamerstraße 106.

Ferdinand Winckler,

prakt. Agrikultur- u. techn. Chemiker, Mitglied d. franz. Académie Nationale, Agricole etc.



350 Mutterschafe, jung und zur Hälfte tragend, nach der Schur abzunehmen, stehen zum Verkauf auf dem Dom. **Borówko** bei **Czempin.**

(Anzeige.)

Bestellungen auf **Feld-, Gras-, Holz-, Gemüse- und Blumen-Saamen** aus der land- und forstwirthschaftlichen Samenhandlung von ***Wilh. Werner & Co.*** in Berlin, werden angenommen und auch Preiscourante ausgegeben bei

Herrn ***C. Keerger*** in **Bentschen.**
- ***Gebr. Kramm*** in **Filehne.**
- ***W. Griebsch*** in **Neustadt b. Pinne.**
- ***Ernst Anders*** in **Wollstein.**

Die Fabrik plastischer Kohle,

Berlin, Engel-Ufer Nr. 15,

empfiehlt ihre **Filtrirapparate aus plastischer Kohle**, welche das schlechteste und unreinste Wasser gesund und trinkbar machen, in verschiedenen Größen zur vielfältigsten Anwendung, als:

Leicht transportable dauerhafte Taschen-Filterbälle für Militärs, Seeleute, Forst-, Wirthschafts-, Eisenbahn-, Postbeamte ꝛc.

Filterbälle zum Zimmer- und Küchengebrauch, leicht in Aufsatzgefäßen (Trichtern) anwendbar.

Reservoirfilter in hohler Kugelform, welche das in ihr Inneres hinein filtrirte Wasser frisch erhalten.

Brunnenfilter, in jedem Brunnenkessel, Wasser-Reservoir und -Bassin anzubringen.

Größere Wasser-Filtrirapparate zur Anwendung in Landwirthschaften, Brauereien, Färbereien, Apotheken, Mineralwasser-Anstalten, wie überhaupt zu allen **technischen und Fabrikzwecken**, welche eines von schädlichen Gasen und vegetabilischen oder animalischen Stoffen gereinigten Wassers bedürfen, so wie zur **Füllung von Dampfkesseln**, zur Verhütung des **Kesselsteins**, werden auf Bestellung angefertigt.

Auf eigens für Zucker-Raffinerien und eigens für Destillationen (Spiritus- ꝛc. Fabriken) präparirte Filter, welche das bisherige, umständliche Filtrirverfahren ganz beseitigen, wird gleichzeitig aufmerksam gemacht, doch können Bestellungen nur gegen Lieferzeit ausgeführt werden.

Die für die Filter zum Zimmer- und Küchengebrauch nöthigen Gefäße und Heberapparate sind zu beziehen

von ***Julius Basch*** in **Poln. Lissa**, Hauptagent für die Provinz **Posen**,

von ***Wilhelm Kronthal & Riess***, Agenten für **Posen** und Umgend.

Stahlreifen, blau polirt, in bekannter Güte und allen Breiten, verkauft von **heute ab** zu herabgesetzten Preisen

S. Tucholski, Wilhelmsstr. 10.

Korsetts, mit und ohne Mechanik nach **französischem Schnitt**, sind angekommen bei

S. Tucholski.

Gebrannter Gyps, der Scheffel 1⅓ Thlr., die Metze 3 Sgr., **Schützenstraße Nr. 22.**

Ein schöner alterthümlicher, sauber renovirter Spind zum Auseinandernehmen, als Kleider- oder Silberspind zu brauchen, steht zum Verkauf Halbdorfstr. Nr. 7 im Hofe links.

Vierzig Stück kieferne, bereits gebohrte **Plumpenröhre** sind zum Verkauf bei **Franz Moderski** in **Kórnik.**

Stabholz.

Eine Partie gebeilte Tonnenstäbe, 1¼ bis 1½ Zoll stark, 40 bis 42 Zoll lang, wird zu kaufen gesucht. Offerten erbittet

Hartwig Kantorowicz.

Leere Weintonnen bei

J. Griesingier im Bazar.

Roth- und Rheinweine empfiehlt die Flasche von 7½ Sgr. ab

Isidor Busch.

Sehr gutes Breslauer bayrisch Lagerbier und ein gutes Glas Punsch empfiehlt

O. A. Dullin, Bergstraße.

Düsseldorfer Punschsyrop von Joh. Adam Roeder in Köln, die Flasche à 25 Sgr. empfiehlt

Isidor Busch.

Feinsten **Punschextract** von **Joh. Adam Roeder**, Hoflieferant in Düsseldorf, so wie feinste **franz. und holländ. Liqueure** nebst **extrafeinem Jamaika-Rum und Arak de Goa** empfehlen

W. F. Meyer & Co.

Frisch und wohlschmeckendes Leinöl zum Speisen verkauft das richtige Quart à 8 Sgr. die Oelhandlung von ***Pinkus Wolffsohn*** in Posen, Wronkerstraße Nr. 21.

Pfannkuchen, à Dutzend 5 Sgr., bei

Joh. Hartwig,

Wasserstraße Nr. 17.

Um vielseitigen Wünschen zu entsprechen, verkaufen wir neben unserem **Dampfmaschinen-Kaffee à 10, 11, 12 Sgr.**, von heute ab **feinsten braun Menado-Kaffee gebrannt 14 Sgr. à Pfd.**

W. F. Meyer & Co.,

Wilhelmsplatz Nr. 2.

Pfannkuchen, verschiedener Größe, empfiehlt die Konditorei

A. Pfitzner, Breslauerstr. 14.

Vorzüglich gute gelbe Kocherbsen empfiehlt das Quart mit 1½ Sgr., die Vorkost-Handlung

Moritz Briske, Krämerstr.-Ecke 1.

Wir Unterzeichneten erklären hiermit, daß das in Nr. 38 d. Ztg. mit unseren Namen unterzeichnete Inserat, Betreffs des Kuliks in **Schocken,** nicht von uns ausgegangen ist. Demjenigen, der uns den frechen Thäter der verfäschten Unterschriften namhaft macht, bewilligen wir eine Belohnung.

Kundler. Klawitter.

Familien-Nachrichten.

Als Verlobte empfehlen sich: Kaufmann **Salomon Bernstein** aus **Filehne** mit **Minna Joseph** geborne **Hirschfeld. Mur. Goslin.**

Bitte.

Der Korrespondenzartikel aus Wollstein in Nr. 20 dieser Zeitung vom 24. Januar c., wo des unglücklichen Kindes, das mit einem halben rechten Arm zur Welt geboren, und der Armuth der Eltern von hier Erwähnung gethan wurde, hat zur Folge gehabt, daß einige mild gesinnte Herzen den Schulzeschen Eheleuten haben Geldunterstützungen zukommen lassen. Die genannten Eltern sagen den Wohlthätern, die sich ihrer erbarmt, den innigsten Dank. Sollten noch mildgesinnte und christliche Herzen gesonnen sein, den Schulzeschen Eheleuten, deren Armuth der Unterzeichnete bezeugen kann, einige Unterstützung zuzuwenden, so werden sie gebeten, ihre Gaben an mich zu senden, indem ich versichern kann, daß solche Spenden nicht an Unwürdige gewendet sein werden. Der Herr wolle meine Worte segnen!

Rostarzewo bei Wollstein, den 14. Febr. 1860.

Der evang. Pastor **O. Weber.**

Stadttheater in Posen.

Montag, zum zweiten Mal: **Ein Ring.** Original-Intriguenstück in 5 Akten von Charlotte Birch-Pfeiffer.

Dienstag bleibt die Bühne wegen Vorbereitung zu Mittwoch geschlossen.

Mittwoch, 8. Gastspiel der ersten Solotänzerin Frl. Rathgeber, so wie des Balletmeisters und ersten Solotänzers Hrn. Rathgeber vom Hoftheater zu Braunschweig: **Die Stumme von Portici.** Große Oper mit Tanz in 5 Akten von Auber. Fenella — Frl. Rathgeber.

Kaufmännische Vereinigung zu Posen.

Geschäfts-Versammlung vom 20. Februar 1860.

Roggen wesentlich theurer bezahlt. Gekündigt 50 Wispel. pr. Februar 42½ Br., Frühjahr 42 bez., April-Mai 42 bez., Juni-Juli 42⅝ bezahlt.

Spiritus (pr. 8000 % Tralles) unverändert. Gekündigt 24,000 Quart; loko (ohne Faß) 15⅓—15⅜ Thl., mit Faß pr. Febr. 16 bez., März 16⅛ bez., April-Mai 16½ Br., $\frac{5}{12}$ Gd.

Fonds.	Br.	Gd.	bez.
Preuß. 3½% Staats-Schuldsch.	84½	—	—
„ 4 „ Staats-Anleihe	—	—	—
„ 4½ „ „	99⅚	—	—
Neueste 5% Preußische Anleihe	104¾	—	—
Preuß. 3½% Prämien-Anl. 1855	—	112½	—
Posener 4 „ Pfandbriefe	—	100½	—
„ 3½ „ „	—	90	—
„ 4 „ neue „	—	87¾	—
Schles. 3½% Pfandbriefe	—	—	—
Westpr. 3½ „ „	82¼	—	—
Poln. 4 „ „	—	86	—
Posener Rentenbriefe	91¼	—	—
„ 4% Stadt-Oblig. II. Em.	—	—	—
„ 5 „ Prov. Obligat.	96	—	—
„ Provinzial-Bankaktien	74	—	—
Stargard-Posen. Eisenb. St. Akt.	—	—	—
Oberschl. Eisenb. St. Aktien Lit. A.	—	—	—
„ Prioritäts-Oblig. Lit. E.	—	—	—
Polnische Banknoten	—	86¾	—
Ausländische Banknoten	—	—	—

Posener Marktbericht vom 20. Febr.

	von Rt	von Sgr	von Pf	bis Rt	bis Sgr	bis Pf
Fein. Weizen, Schfl. z. 16 Mtz.	2	12	6	2	17	6
Mittel-Weizen	2	8	9	2	11	3
Bruch-Weizen	2	—	—	2	2	6
Roggen, schwerer Sorte	1	21	3	1	23	9
Roggen, leichtere Sorte	1	18	9	1	20	—
Große Gerste	1	17	6	1	20	—
Kleine Gerste	1	15	—	1	17	6
Hafer	—	25	—	—	27	—
Kocherbsen	—	—	—	—	—	—
Futtererbsen	—	—	—	—	—	—
Winterrübsen, Schfl. z. 16 Mtz	—	—	—	—	—	—
Winterraps	—	—	—	—	—	—
Sommerrübsen	—	—	—	—	—	—
Sommerraps	—	—	—	—	—	—
Buchweizen	1	12	6	1	15	—
Kartoffeln	—	13	—	—	16	—
Butter, 1 Faß (4 Berl. Qrt.)	1	25	—	2	5	—
Roth. Klee, Ct. 100 Pfd. Z.G.	10	—	—	11	—	—
Weißer Klee dito	—	—	—	—	—	—
Heu, per 100 Pfd. Z. G.	—	—	—	—	—	—
Stroh, per 100 Pfd. Z. G.	—	—	—	—	—	—
Rüböl, d. Ct. z. 100 Pfd. Z.G.	—	—	—	—	—	—
Spiritus am 18. Febr. per 100 Qrt. à 80 % Tr.	15	10	—	15	20	—
„ 20. „	15	10	—	15	20	—

Die Markt-Kommission.

Wasserstand der Warthe:

Posen am 19. Febr. Vorm. 8 Uhr 3 Fuß 5 Zoll.
„ 20. „ „ „ 3 „ 5 „

Produkten-Börse.

Berlin, 18. Febr. Wind: Nord. Barometer: 28³. Thermometer: früh 2° —. Witterung: hell.

Weizen loko 57 a 68 Rt. nach Qualität.

Roggen, loko 47½ a 49 Rt., p. Febr. 47⅞ a 48¼ Rt. bez. u. Gd., 48½ Br., p. Februar-März 47½ a 47¾ Rt. bez. u. Gd., 48 Br., p. Frühjahr 47 a 47⅞ Rt. bez., 47½ Br., 47¼ Gd., p. Mai-Juni 47½ a 47⅛ Rt. bez., Br. u. Gd., p. Juni 47½ a 47¾ Rt. bez. u. Gd., 48 Br.

Große Gerste 38 a 45 Rt.

Hafer, loko 25 a 30 Rt., p. Febr. 26⅞ Rt. Gd., p. Febr.-März 26½ Rt. Br., p. Frühjahr 26⅛ Rt. bez., Br. u. Gd., p. Mai-Juni 27⅛ Gd.

Rüböl, loko 10¾ Rt. Br., p. Febr. 10⅝ bez. u. Gd., 10¾ Br, p. Febr.-März 10⅝ Rt. bez. u. Gd., 10¾ Br., p. März-April 10⅞ Rt. Br., 10⅞ Gd., p. April-Mai $10\frac{11}{12}$ Rt. bez. u. Br., 10⅝ Gd., p. Mai-Juni 11 Rt. Br., $10\frac{11}{12}$ Gd., p. Sept.-Okt. 11½ Rt. bez., Br. u. Gd.

Spiritus, loko ohne Faß $16\frac{11}{12}$ Rt. bez., mit Faß —, p. Februar $16\frac{11}{12}$ a 17 Rt. bez. u. Br., $16\frac{11}{12}$ Gd., p. Februar-März $16\frac{11}{12}$ a 17 Rt. bez. u. Br., $16\frac{11}{12}$ Gd., p. März-April 17⅙ Rt. Br., $17\frac{1}{12}$ Gd., p. April-Mai 17¼ a $17\frac{7}{24}$ Rt. bez., 17⅓ Br., 17¼ Gd., p. Mai-Juni 17½ Rt. bez. u. Gd., $17\frac{7}{12}$ Br., p. Juni-Juli 17⅞ Rt. bez. u. Gd., 18 Br., p. Juli-August 18 Rt. bez. u. Gd., 18¼ Br.

Weizenmehl 0. 4⅛ a 4½ Rt., 0. u. 1. 3⅝ a 4⅛ Rt. — Roggenmehl 0. $3\frac{5}{12}$ a 3⅔ Rt., 0. u. 1. 3 a 3⅓ Rt. (B. u. H. Z.)

Breslau, 18. Febr. Die Witterung war in dieser Woche vorherrschend winterlich, mit einem sehr kalten Tage, häufigem Schneefall. Heute Nacht — 4°.

Weißer Weizen 64—68—72—76 Sgr., gelber 62—65—68—71 Sgr.

Roggen 51—52—53—55 Sgr.

Gerste 40—42—44—47 Sgr.

Hafer 25—27—28 Sgr.

Oelsaaten. Raps 88—90—94 Sgr. nom.

Rother Kleesamen ordinärer 8—9 Rt., mittler 9⅔—10½ Rt., feiner 10¾—11½ Rt., hochfeiner bis 12 Rt., weißer ord. 18—21 Rt., mittel 21½—23, fein 23½—24, hochfein 24½—25 Rt.

An der Börse. Rüböl, loko p. Febr. u. Febr.-März 10⅛ Rt., p. März-April 10¼ Rt., p. April-Mai $10\frac{5}{12}$, p. Sept.-Okt. 11¼ Rt., sämmtl. Br.

Roggen, p. Febr. u. p. Febr.-März 40¼—¾ Rt. bez. u. Br., März 40¾ Rt. bez., p. März-April 40¾ Rt. Br., p. April-Mai 41 Rt. bez. u. Br., 40¾ Gd., p. Mai-Juni 41¼ Rt. bez.

Spiritus, loko 16 Rt. Gd., p. Februar u. p. Febr.-März 16¼ Rt. bez. u. Gd., p. März-April 16¼ Rt. Gd., p. April-Mai $16\frac{5}{12}$ Gd., ½ Br., p. Mai-Juni 16¾ Rt. bez. u. Br., p. Juni-Juli 17 Rt. Gd.

Kartoffel-Spiritus (pro 100 Quart zu 80 % Tralles) 16 Rt. Gd. (Br. Hdlsbl.)

Fonds- u. Aktien-Börse.

Berlin, 18. Febuar 1860.

Eisenbahn-Aktien.

Aachen-Düsseldorf	3½	74½ B
Aachen-Mastricht	4	17½-17¼ bz
Amsterd. Rotterd.	4	70 B
Berg. Märk. Lt. A.	4	72½ bz
do. Lt. B.	4	— —
Berlin-Anhalt	4	103½ bz
Berlin-Hamburg	4	103½ G
Berl. Potsd. Magd.	4	122 B
Berlin-Stettin	4	93¾-94 bz
Bresl. Schw. Freib.	4	79¾ G
Brieg-Neiße	4	46½ G
Cöln-Crefeld	4	73½ B
Cöln-Minden	3½	121 bz
Cos. Oderb. (Wilh.)	4	— —
do. Stamm-Pr	4½	— —
do. do.	5	— —
Löbau-Zittauer	4	— —
Ludwigshaf. Berb.	4	128½ B
Magdeb. Halberst	4	182 B
Magdeb. Wittenb.	4	33½ bz
Mainz-Ludwigsh.	4	96½-¾ bz
Mecklenburger	4	42⅛-42 bz
Münster-Hammer	4	89 B
Neustadt-Weißenb.	4½	— —
Niederschles. Märk.	4	90¾ G
Niederschl. Zweigb.	4	37 bz
do. Stamm-Pr.	5	— —
Nordb., Fr. Wilh.	4	48¼-½ bz
Oberschl. Lt. A. u. C.	3½	108½ G
do. Litt. B.	3½	— —
Oest. Franz. Staat.	5	130½-31½-31 bz u [B
Oppeln-Tarnowitz	4	29½ G
Pr. Wlh. (Steel-V)	4	48½ B
Rheinische,	4	80½ bz
do. Stamm-Pr.	4	— —
Rhein-Nahebahn	4	42⅞-43 bz u G
Ruhrort-Crefeld	3½	75 B
Stargard-Posen	3½	80¾ G
Thüringer	4	99 B

Bank- und Kredit-Aktien und Antheilscheine.

Berl. Kassenverein	4	117 B
Berl. Handels-Ges.	4	74½ bz
Braunschw. Bk. A.	4	73 B
Bremer do.	4	95¾ G
Coburg. Kredit-do.	4	53½-53 bz
Danzig. Priv. Bk.	4	78½ G
Darmstädter abgst.	4	60½ G
do. Ber. Scheine	—	— —
do. Zettel-B. A.	4	90 B
Dessauer Kredit-do.	4	20¾-⅛ bz u G
Disk. Comm. Anth.	4	81 bz
Genfer Kred. Bk. A.	4	28 G
Geraer do.	4	73½ G
Gothaer Priv. do.	4	70 G
Hannoversche do.	4	89¼ G
Königsb. Priv. do.	4	83½ G
Leipzig. Kredit-do.	4	54½ G
Luxemburger do.	4	71 B
Magdeb. Priv. do.	4	74 G
Meining. Kred. do.	4	66 B
Moldau. Land. do.	4	— —
Norddeutsche do.	4	83 G
Oestr. Kredit- do.	5	73-½-73 bz
Pomm. Ritt. do.	4	77½ B
Posener Prov. Bank	4	73 G
Preuß. Bank-Anth.	4½	132 G
Rostocker Bank Akt.	4	— —
Schles. Bank Verein	4	72 B
Thüring. Bank-Akt.	4	50 G
Vereinsbank, Hamb.	4	98 G
Waaren-Kred. Anth.	5	91¼ B
Weimar. Bank-Akt.	4	80½ Kl bz u G

Industrie-Aktien.

Dessau. Kont. Gas-A	5	85 B
Berl. Eisenb. Fabr. A.	5	67¼ B
Hörder Hüttenv. Ak.	5	76 B
Minerva, Bergw. A.	5	28½ G
Neustädt. Hüttenv. A	5	4 G p. Stck.
Concordia	4	— — [fco. Zins.
Magdeb. Feuerversf. A	4	— —

Prioritäts-Obligationen.

Aachen-Düsseldorf	4	82 G
do. II. Em.	4	79 bz
do. III. Em.	4½	84½ B
Aachen-Mastricht	4½	59 bz
do. II. Em.	5	50 B
Bergisch-Märkische	5	101¾ B
do. II. Ser.	5	101½ bz
do. III. S. 3½ (R. S.)	3½	72 bz
do. Düsseld. Elberf.	4	— —
do. II. Em.	5	— —
do. III. S. (D. Soest)	4	82½ G
do. II. Ser.	4½	89 B
Berlin-Anhalt	4	93 G
do.	4½	98⅜ bz
Berlin-Hamburg	4½	102 G
do. II. Em.	4½	— —
Berl. Pots. Mg. A.	4	90 bz
do. Litt. C.	4½	98⅞ bz
do. Litt. D.	4½	97½ B
Berlin-Stettin	4½	98¼ B
do. II. Em.	4	83 G
do. III. Em.	4	81 B
Bresl. Schw. Freib.	4½	— —
Brieg-Neißer	4½	— —
Cöln-Crefeld	4½	— —
Cöln-Minden	4½	99 bz
do. II. Em.	5	103 B
do.	4	85¾ G
do. III. Em.	4	81½ bz
do.	4½	88½ bz
do. IV. Em.	4	79¼ bz
Cos. Oderb. (Wilh.)	4	— —
do. III. Em.	4½	— —
Magdeb. Wittenb.	4½	90½ G
Niederschles. Märk.	4	91½ bz
do. conv.	4	91¼ bz
do. conv. III. Ser.	4	88⅝ B
do. IV. Ser.	5	102½ G
Nordb., Fried. Wilh	4½	100 G
Oberschles. Litt. A.	4	90½ bz
do. Litt. B.	3½	79 B, C. 84¾ B
do. Litt. D.	4	84¼ G
do. Litt. E.	3½	72¼ bz
do. Litt. F.	4½	88½ bz
Oestreich. Französ.	3	252 etw-251 bz
Prinz-Wilh. I. Ser.	5	I. 99 B, II. 98½ B
do. III. Ser.	5	96 B
Rheinische Pr. Obl.	4	85¾ B
do. v. Staatgarant.	3½	— —
Ruhrort-Crefeld	4½	— —
do. II. Ser.	4	79 B
do. III. Ser.	4½	84½ B
Stargard-Posen	4	82½ etw bz
do. II. Em.	4½	— —
do. III. Em.	4½	— —
Thüringer	4½	100¼ G
do. III. Ser.	4½	98½ bz
do. IV. Ser.	4½	95½ G

Preußische Fonds.

Freiwillige Anleihe	4½	99¾ G
Staats Anl. 1859	5	104½ B
do.	4½	99¾ bz
do. 1856	4½	99¾ bz
do. 1853	4	93¾ B
N. Präm St A 1855	3½	112¾ bz
Staats-Schuldsch.	3½	84¼ bz
Kur- u Neum. Schldv	3½	81½ G
Berl. Stadt-Oblig.	4½	99⅞ B
do. do.	3½	81¼ G
Berl. Börsenh. Obl.	5	102¾ G
Pfandbriefe: Kur- u. Neumärk.	3½	87¾ bz
do.	4	96¾ bz
Ostpreußische	3½	81½ G
do.	4	90 G
Pommersche	3½	86⅞ bz
do. neue	4½	95 bz
Posensche	4	100½ G
do.	3½	90¼ G
do. neue	4	88 bz
Schlesische	3½	87¼ G
B. Staat gar. B	3½	— —
Westpreußische	3½	81⅝ bz
do.	4	90 bz
Rentenbriefe: Kur- u. Neumärk.	4	93⅝ bz
Pommersche	4	93½ bz
Posensche	4	91¼ B
Preußische	4	92 G
Rhein- u. Westf.	4	93⅛ bz
Sächsische	4	93¾ G
Schlesische	4	93¼ bz

Ausländische Fonds.

Oestr. Metalliques	5	51½ bz
do. National-Anl.	5	58⅜-¼-58 bz
do. 250 fl. Präm. O.	4	80 B, 79½ G
do. neue 100 fl. Loose	—	50⅞ bz u G
Russische: 5. Stieglitz-Anl.	5	94⅜ G
6. do.	5	105⅜ G
Englische Anl.	5	105½ G
N. Russ. Egl. Anl.	3	63 B
Poln. Schatz-O.	4	81⅞ G
Polnische: Cert. A. 300 Fl.	5	92¾ G
do. B. 200 Fl.	—	22¾ G
Pfdbr. u. in SR.	4	86¼ B
Part. O. 500 Fl.	4	89¼ bz
Hamb. Pr. 100 BM	—	81¾ G
Kurh. 40 Thlr. Loose	—	41½ B
Neue Bad. 35 Fl. do.	—	30⅜ bz
Dessau. Präm. Anl.	3½	90 etw bz

Gold, Silber und Papiergeld.

Friedrichsd'or	—	113½ bz
Gold-Kronen	—	9. 2 G
Louisd'or	—	108½ B
Sovereigns	—	6. 18½ G
Napoleonsd'or	—	5. 8½ G
Gold pr. Z. Pfd. f.	—	453¼ G
Dollars	—	1. 10¾ G
Silb. pr. Z. Pfd. f.	—	29. 20 G
K. Sächs. Kass. A.	—	99⅞ G
Fremde Banknot.	—	99⅛ G
do. (einl. in Leipzig)	—	99⅚ G
Fremde kleine	—	99 G
Oestr. Banknoten	—	75½-¼ bz
Poln. Bankbillet	—	86¾ bz u G

Wechsel-Kurse vom 18. Februar.

Amsterd. 250 fl. kurz	3	142⅜ bz
do. 2 M.	3	141⅞ bz
Hamb. 300 Mk. kurz	2	150⅞ bz
do. do. 2 M.	2	150⅜ bz
London 1 Lstr. 3 M.	2½	6. 18⅛ bz
Paris 300 Fr. 2 M.	3	$79\frac{1}{12}$ bz
Wien öst. W. 8 T.	—	75 bz
do. do. 2 M.	6	74⅝ bz
Augsb. 100 fl. 2 M.	4	56. 22 G
Frankf. 100 fl. 2 M.	3	56. 24 bz
Leipzig 100 Tlr. 8 T.	5	99⅜ bz
do. do. 2 M.	4	$99\frac{5}{12}$ bz
Petersb. 100 R. 3 W.	5	96⅛ bz
Bremen 108 Tlr. 8 T.	3½	108 bz
Warschau 90 R. 8 T.	—	87 etw bz u B
Bank-Disk. f. Wchs.	4	

Die Börse beharrte heute in einer festen Haltung während des ganzen Verlaufs, beschränkte aber ihre Thätigkeit auf die allerengsten Grenzen.

Breslau, 18. Februar. Die Börse war matt und geschäftslos, östr. Sachen wieder niedriger. Nation. 58 oder 1½ Vor. per ultimo gehandelt.

Schlußkurse. Oestreichische Kredit-Bank-Aktien 72⅝ bez. Schlesischer Bankverein 72 Br. Breslau-Schweidnitz-Freiburger Aktien 80½ Br. dito 4. Emiss. —. dito Prior. Oblig. $83\frac{5}{12}$ Br. dito Prior. Oblig. 89½ Br. Köln-Mindener Priorit. 79⅜ Br. Neisse-Brieger —. Niederländisch-Märkische —. Oberschlesische Lit. A. u. C. 108⅔ Br. dito Lit. B. 105¼ Br. dito Prior.-Obligat. 84¾ Br. dito Prior Oblig. 88⅞ Br. dito Prior. Oblig. 72⅝ Br. Oppeln-Tarnowitzer 30½ Br. Wilhelmsbahn (Kosel-Oderberg) 35¾ Br. dito Prior. Oblig. —. dito Prior. Obigl. —. dito Stamm-Pr. Obl. —.

Telegraphische Korrespondenz für Fonds-Kurse.

Frankfurt a. M., Sonnabend, 18. Februar, Nachm. 2 Uhr 30 Minuten. Oestr. Fonds und Aktien, mit Ausnahme von Staatsbahn, höher bezahlt. Spanische Fonds sehr begehrt.

Schlußkurse. Staats-Prämien-Anleihe —. Preuß. Kassenscheine 105⅛. Ludwigshafen-Berbach 129⅜. Berliner Wechsel 105⅜. Hamburger Wechsel 88. Londoner Wechsel 117. Pariser Wechsel 92⅝. Wiener Wechsel 87⅛. Darmstädter Bankaktien 153. Darmstädter Zettelbank 225½. Meininger Kreditaktien 64½. Luxemburger Kreditbank 67. 3% Spanier 43¼. 1% Spanier 33½. Span. Kreditbank Pereira 458. Span. Kreditbank v. Rothschild 415. Kurhess. Loose 41⅝. Badische Loose 53¾. 5% Metalliques 50. 4½% Metalliques 43¾. 1854er Loose 78½. Oestr. National-Anlehen 56⅜. Oestr. Franz. Staats-Eisenbahn-Aktien 226½. Oestr. Bankantheile 754. Oestr. Kreditaktien 168½. Oestr. Elisabethbahn 129½. Rhein-Nahebahn 42. Mainz-Ludwigsh. Litt. A. 97½. Litt. C. —.

Hamburg, Sonnabend, 18. Febr., Nachm. 2 Uhr 30 Min. Anfangs Kreditaktien höher bezahlt; im Ganzen schwaches Geschäft.

Schlußkurse. Oestr. Franz. Staatsbahn —. National-Anleihe 57½. Oestr. Kreditaktien 71⅛. 3% Spanier 40½. 1% Spanier 31½. Stieglitz de 1855 —. 3% Russen 1859 —. Vereinsbank 98¾. Norddeutsche Bank 84½. Magdeburg-Wittenberg —. Nordbahn —. Diskonto —.

London, Sonnabend, 18. Februar, Nachmittags 3 Uhr. Silber 62—62⅛.

Der gestrige Wechselkurs auf Wien war 13 Fl. 40 Kr., auf Hamburg 13 Mk. 5 Sh.

Konsols 94⅝. 1proz. Spanier 33¾. Mexikaner 21⅛. Sardinier 85½. 5proz. Russen 109⅝. 4½proz. Russen 97¾.

Paris, Sonnabend, 18. Februar, Nachmittags 3 Uhr. Die Aeußerungen Lord John Russell's über die savoyische Angelegenheit im englischen Parlamente machten einen günstigen Eindruck auf die Börse. Die 3proz. begann zu 67, 80, hob sich auf 67, 90, wich dann wieder auf 67, 80 und schloß in fester Haltung belebt zur Notiz.

Schlußkurse. 3% Rente 67, 90. 4½% Rente 97, 70. 3% Spanier 43½. 1% Spanier 33½. Silberanleihe —. Oestr. Staats-Eisenb. Akt. 498. Credit mobilier Akt. 745. Lomb. Eisenb. Akt. 543.

Amsterdam, Sonnabend, 18. Februar, Nachmit. 4 Uhr. Oestr. Effekten ziemlich lebhaft.

Schlußkurse. 5proz. Oestr. Nat. Anl. $54\frac{5}{16}$. 5proz. Metalliques Lit. B. 70½. 5% Metalliques 48½. 4½proz. Metalliques 26⅜. 1proz. Spanier $33\frac{3}{16}$. 3proz. Spanier 42⅞. 5proz. Russen 90. 5proz. Russen Stieglitz de 1855 99⅜. Mexikaner $20\frac{5}{16}$. Holländische Integrale 64¾.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Schladebach in Posen. — Druck und Verlag von W. Decker & Comp. in Posen.